



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Das Problem knapper Finanzmittel

Bundesminister Ramsauer beim KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss

Dezierte Ausführungen von Bundesbauminister Dr. Peter Ramsauer, MdB, über die aktuelle Entwicklung unter anderem beim Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz, bei wichtigen Verkehrsprojekten und beim Wohnungsbau standen im Mittelpunkt der jüngsten Sitzung des KPV-Landesvorstandes und Hauptausschusses in München.

Nach einführenden Worten des KPV-Landesvorsitzenden Landrat Stefan Rößle (Donau-Ries) machte Minister Ramsauer zunächst darauf aufmerksam, dass ihm im Laufe seiner Amtszeit klar geworden sei, wie sehr gerade das Bauministerium aufgrund mannigfaltiger Verflechtungen einem Kommunalministerium ähnele.

Entflechtung

Mit Blick auf brisante Themen wies Ramsauer darauf hin, dass mit den grundgesetzlichen Änderungen im Zuge der Föderalismusreform 2006/2007 auch die Bund-Länder-Mischfinanzierungen, wie zum Beispiel im Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) unterlegt, entflochten worden seien.

Mit den bisherigen Bestandteilen der Gemeindeverkehrsfinanzierung werde künftig wie folgt verfahren: Das „Bundesprogramm“, einschließlich der Investitionshilfen für die Deutsche Bahn AG, wird fortgeführt. Es umfasst jährlich rund 332,6 Mio. Euro. Bei diesem „Rest-GVFG“ ent-

fallen auf Bayern 60 bis 80 Mio. Euro. Aus diesen Mitteln können ÖPNV-Schienenverkehrswege in Verdichtungsräumen und den zugehörigen Randgebieten mit zuzurechnenden Kosten über 50 Mio. Euro gefördert werden.

„Alles andere, was unter dem Begriff Kompensations- oder Entflechtungsmittel läuft“, beinhaltet Ramsauer zufolge ein Volumen von bundesweit jährlich 1,35 Mrd. Euro. Dieser Betrag könne teils für Schienenprojekte, teils für Straßenprojekte verwendet werden. Das Verhältnis beträgt ca. 60:40.

Abschmelzung

„Für das Rest-GVFG und die Entflechtungsmittel hat man sich darauf verständigt, die genannten Summen bis einschließlich 2013 konstant zu halten und diese ab 2014 bis 2019 sukzessive abzusmelzen“, betonte der Minister. Ab dem Jahr 2020 seien keine Mittel mehr vorgesehen.

„Somit steht uns ein irrer Druck bevor“, prognostizierte Ramsauer.



Von links: Josef Mederer, Gabriele Bauer, Dr. Peter Ramsauer, Stefan Rößle, Georg Huber und Alois Rainer. Bild: DK

dringend erforderlich seien. „Ohne die entsprechenden Mittel kommen Länder und Kommunen nicht klar. Lösungen sind jetzt angesagt!“, erklärte der Minister.

Wie Ramsauer weiter ausführte, gibt es seitens der Regierungschefs, Verkehrsminister und Finanzminister der Länder „eine Verständigung darüber, bis 2019 nicht nur gegen eine Absenkung zu sein, sondern für eine sukzessive Aufstockung der Kompensationsmittel von 1,35 Mrd. auf 1,9 Mrd. Euro einzutreten. Zweifel über die Durchsetzung dieser Forderung seien freilich angebracht, so Ramsauer. Klarheit werde es ohnehin erst im Oktober dieses Jahres geben, „wenn in den Koalitionsverhandlungen entsprechende Schlussfolgerungen gezogen sind“.

Beim Thema Bundesfernstraßenbau monierte Ramsauer die „strukturelle Unterfinanzierung“. Jährlich verfüge er über ei-

nen „Stammansatz von etwa 5 Mrd. Euro“, benötige jedoch 2,5 Mrd. Euro an zusätzlichen Mitteln, „um alles abzuarbeiten, was in den Ausbaugesetzen steht und im Hinblick auf saubere Instandhaltung erforderlich wäre“.

Notwendige Mittel fehlen

Für den Bundesschienenwegebau stünden seinem Ministerium derzeit 4,2 Mrd. Euro zur Verfügung (5,2 Mrd. Euro wären notwendig) und für den Wasserstraßenbau 1,5 Mrd. statt mindestens 2 Mrd. Euro. Ramsauer: „Unterm Strich fehlen also bundesweit 4 Mrd. Euro zusätzlicher, dringend erforderlicher Mittel.“ Immerhin sei es aber gelungen, für 2012 aus dem Bundeshaushalt 1 Mrd. Euro und für 2013 0,75 Mrd. Euro zusätzlich zu bekommen. Allerdings hätten diese Maßnahmen „keine nachhaltige Wirkung“.

(Fortsetzung auf Seite 4)

Unternehmerkonferenz in Nürnberg:

Mit Innovationen den Erfolg sichern

Innovation findet sich überall dort, wo über das Bestehende hinaus gedacht wird. Das gilt jedoch nicht nur für die Forschung und Entwicklung in Konzernen, sondern auch für intelligente Finanzierungslösungen, Vorsorgefragen, Unternehmensführung, Geschäftsmodelle und vieles mehr. Die 11. Unternehmerkonferenz des Bayerischen Sparkassenverbandes am 16. Mai im NürnbergConvention Center NCC Ost wird dieser Tatsache in vielfältigster Weise Rechnung tragen.

Das Forum für Entscheider mittelständischer Unternehmen, der Kommunen und freier Berufe bietet mit über 30 Wissensvorträgen, einer Podiumsdiskussion, individuellen Expertengesprächen und Info-Ständen, abgerundet durch motivierende Impuls-, Keynote- und Best-Practice-Vorträge, ein breites Spektrum an Wissen, Information, Beratung und Kontakten.

Das Motto der 11. Unternehmerkonferenz „Innovationen - so sichern Sie Ihren Erfolg!“ setzt auf die Gestaltungsmöglichkeiten, die die Verantwortlichen in Unternehmen und Kommunen nutzen können. Die bayerischen Sparkassen stehen den Entscheidern dabei zur Seite, wie die Unternehmerkonferenz seit vielen Jahren eindrücklich beweist. Die Teilnehmer wählen hier aus einem breiten Themenspektrum – Finanzen, Management, Kommunikation, Kommune, Freie Berufe, AgriBusiness – ein für sie passendes Vortragsprogramm und können mit den Experten vor Ort in einen Dialog treten.

Wie Kommunen im Spannungsfeld zwischen regionaler Verantwortung und dem Umgang mit öffentlichen Geldern neue Wege und starke Partner finden, zeigen Wissensvorträge zu den Themen „Stromnetz-Übernahmen“ bzw. „Energie- und Klimaschutzkonzepte in der Region“ sowie eine Podiumsdiskussion mit dem Titel „Starkes Netzwerk - starke Region: Gemeinsam die Entwicklung einer Region vorantreiben“.

Im Anschluss wird am Abend traditionell in einer feierlichen Gala-Veranstaltung mit TV-Live-Aufzeichnung der Bayerische Gründerpreis in sechs Kategorien verliehen. Die Auszeichnung würdigt Unternehmer in Bayern für den Mut zur Selbstständigkeit und sendet damit ein Signal für wirtschaftliches Engagement in Bayern.

Informationen und Anmeldeöglichkeiten unter:
www.unternehmerkonferenz.de

DK

Hauptversammlung des Deutschen Städtetags in Frankfurt:

Neue Führungsspitze

Dr. Ulrich Maly Nachfolger von Präsident Christian Ude

Der Nürnberger Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly ist zum neuen Präsidenten des Deutschen Städtetags gewählt worden. Am Schlußtag der 37. Hauptversammlung in Frankfurt am Main, an der mehr als 1.000 Delegierte und Gäste aus allen Teilen der Bundesrepublik teilnahmen, wählten die Delegierten den SPD-Politiker für zwei Jahre ins höchste Amt des größten kommunalen Spitzenverbandes.

Maly folgt auf Münchens OB Christian Ude, der nicht mehr kandidierte, nachdem er seit 2005 insgesamt sechs Jahre das Präsidentenamt inne hatte. Als Vizepräsidentin bestimmten die Delegierten Dr. Eva Lohse, Oberbürgermeisterin der Stadt Ludwigshafen am Rhein. Als einer von sechs Stellvertretern des Präsidenten wurde Regensburgs Oberbürgermeister Hans Schaidinger gewählt.

Personeller Umbruch

Damit wurde ein personeller Umbruch an der ehrenamtlichen Städtetagsspitze vollzogen. Christian Ude und Petra Roth prägten seit Ende der 1990er Jahre wesentlich die Politik des größten kommunalen Spitzenverbandes. Seit dem Jahr 2003 wechselten sich die langjährige Frankfurter Oberbürgermeisterin – sie wurde zum Ehrenmitglied des Deutschen Städtetags ernannt - und der Münchner Oberbürgermeister im Amt des

Städtetagspräsidenten ab und fungierten danach jeweils als Vizepräsidentin bzw. Vizepräsident.

Enorme Leistungen

Der scheidende Präsident Christian Ude würdigte die enorme Leistung von Petra Roth für die deutschen Städte: „Der Deutsche Städtetag hat Petra Roth viel zu verdanken. Sie war ein Glücksfall für die deutschen Kommunen und hat zentrale Anliegen der Städte – etwa beim Kampf um die Gewerbesteuer – durchgesetzt. Petra Roth hat unerschrocken und über Parteigrenzen hinweg für fortschrittliche Inhalte und die Interessen der Städte und ihrer Bürgerschaft gekämpft... Damit ist der Titel 'Jeanne d'Arc der deutschen Städte' mehr als gerechtfertigt.“

Zum Auftakt seiner Hauptversammlung betonte der Deutsche Städtetag die besondere Bedeutung der Städte für die Entwicklung und die Zukunft Europas:

„In Deutschland wie in Europa lebt die Mehrzahl der Bevölkerung in Städten. In Europa sind es gut zwei Drittel der Menschen. Wer die Zukunft der Städte sichert, sichert also auch die Zukunft Europas“, erklärte Ude.

Lissabon-Vertrag

Der Vertrag von Lissabon habe erstmals die kommunale Dimension für das Handeln der Europäischen Union anerkannt, nachdem die EU lange als „kommunalblind“ gegolten hatte, führte Ude aus. „Diesen Teil des EU-Vertrages gilt es in Zukunft stärker mit Leben zu füllen und umzusetzen. Europaweit einheitlich“ (Fortsetzung auf Seite 4)



Hierzulande bringt das Finale in der Champions League zwischen Bayern München und Borussia Dortmund soziologische Saiten zum Klingen, die es wert sind, nach dem Ende des Spiels aufgearbeitet zu werden. Der Nord-Süd-Konflikt lässt grüßen. Seite 11

Power für Bayerns Kommunen:
GZ lädt zum 6. Energie-Forum
 Wissen ist Energie! Die Bayerische GemeindeZeitung veranstaltet am 13. Juni erneut ihren großen Info-Tag für Kommunen. Im Garchingener Bürgerhaus treffen die Profis der Kommunalpolitik auf die Profis der Energie-Branche. Fachbesucher können sich unter www.gz-energieforum.de oder per eMail an info@gemeindezeitung.de anmelden. Die Teilnahme ist für Vertreter von Kommunen und Behörden kostenlos.

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Beschäftigungsaffäre im Landtag

Abgeordnete bezahlten Familienangehörige auf Staatskosten
Stamm und Stewens in der Initiative zur finanziellen Neuordnung

In einer Krisensitzung hat die CSU-Fraktion auf Vorschlag von Ministerpräsident Horst Seehofer die ehemalige Sozialministerin Christa Stewens fast einstimmig zur Vorsitzenden gewählt. Sie ersetzt Georg Schmid, der zusammen mit 55 weiteren aktiven und vormaligen Fraktionsmitgliedern, darunter fünf aus dem Kabinett, die legale Möglichkeit genutzt hat, Familienangehörige im Stimmkreis als Bürohilfskräfte zu bezahlen. In der Praxis waren und sind das Summen zwischen einigen hundert und mehreren tausend Euro monatlich auf Staatskosten. Das war und ist bis jetzt formal legal. Anno 2000 war diese Möglichkeit gesetzlich eingeschränkt worden mit der Hintertür, bestehende Verträge blieben in Kraft. Diese Ausnahmeregelung gilt bis heute. Landtagspräsidentin Barbara Stamm will Beschäftigungsklauseln überhaupt, entsprechend einer Regelung des Bundestages, bis Juni durch Änderung von Geschäftsordnung und Abgeordnetengesetz beenden.

Die Beschäftigungsaffäre war durch den Tübinger Politikwissenschaftler Hans Herbert von Arnim hochgekommen, der am 14. April in Berlin sein neues Buch „Die Selbstbediener“ öffentlich vorgestellt hatte und darin zum Ergebnis kam, in Bayern sei man damit am Unverschämtesten. Die CSU-Fraktion diskutierte zwei Tage später. Schmid trat angesichts der zu befürchtenden negativen Auswirkungen vom Amt und schließlich von seiner bereits beschlossenen Kandidatur im heimischen Stimmkreis Donau-Ries zurück. Georg Winter legte den Vorsitz im Haushaltsausschuss nieder. Nachfolger in dem der CSU zustehenden Amt wurde Philipp Graf Lerchenfeld.

Stewens gilt als die ideale Übergangslösung bis zur Landtagsneuwahl am 15. September. Die dann 68jährige hatte bereits vor Bekanntwerden der Beschäftigungsaffäre entschieden, nicht wieder zu kandidieren.

Die Beschäftigungsaffäre war durch den Tübinger Politikwissenschaftler Hans Herbert von Arnim hochgekommen, der am 14. April in Berlin sein neues Buch „Die Selbstbediener“ öffentlich vorgestellt hatte und darin zum Ergebnis kam, in Bayern sei man damit am Unverschämtesten. Die CSU-Fraktion diskutierte zwei Tage später. Schmid trat angesichts der zu befürchtenden negativen Auswirkungen vom Amt und schließlich von seiner bereits beschlossenen Kandidatur im heimischen Stimmkreis Donau-Ries zurück. Georg Winter legte den Vorsitz im Haushaltsausschuss nieder. Nachfolger in dem der CSU zustehenden Amt wurde Philipp Graf Lerchenfeld.

Änderungsantrag

In der CSU-Fraktionssitzung hatte Schmid bei Erörterung des Arnim-Buches eilends einen Änderungsantrag zum Abgeordnetengesetz formuliert, das tags darauf im Rahmen des Nachtrags Haushalts 2013/14 als erster Punkt auf der Plenartagesordnung stand, zusammen mit dem Bildungsfinanzierungsgesetz zum Ausgleich der wegfallenden Hochschul-Studiengebühren. Schmid hoffte, mit Hilfe der FDP die zu erwartende Polemik der Opposition im Landtag und im beginnenden Wahlkampf rasch zu beenden.

SPD-Fraktionsvorsitzender Markus Rinderspacher stach ins Wespennest. Der Änderungsantrag müsse zunächst im Haushaltsausschuss beraten werden. Die

Aussprache wurde hitzig. Auch Finanzminister Markus Söder kontierte die Opposition. Einem Eklat nahe, wurde die Sitzung unterbrochen, Ältestenrat und Fraktionen berieten. Man einigte sich auf Vorgehen nach Geschäftsordnung, also Beratung des Änderungsantrags zunächst im Haushaltsausschuss. Der Nachtragsset wurde von der Regierungskoalition bewilligt. Im Bildungsfinanzierungsgesetz wird die Abschaffung der Studiengebühren beschlossen. Der Freistaat stellt den Hochschulen 219 Millionen Euro als vollen Ersatz zu Verfügung. Zugleich werden Kinderbildung mit dem zweiten Kindergartenjahr und berufliche Ausbildung mit einem „Meisterbonus“ finanziert. Alles zusammen ergibt rund eine halbe Milliarde Euro.

79 Abgeordnete involviert

Die Opposition musste umschalten, je mehr auch durch Pressefragen zu Tage kam, dass auch in ihren Fraktionen damals und heutzutage Beschäftigungsgeber saßen und sitzen. Schließlich war von 79 Abgeordneten die Rede, davon 56 in der CSU, 21 in der SPD und einer bei den Grünen. FW-Vorsitzender Aiwanger

hatte mal seinen Schwager auf der Gehaltsliste. Lediglich bei der FDP gab es positive Fehlanzeige. Grünen-Chefin Margarete Bause, besonders verärgert, dass auch ihre frühere Fraktionsgeschäftsführerin, die Abgeordnete Maria Scharfenberg, dazu gehörte, forderte namens Fraktion die Einsetzung einer unabhängigen Überprüfungscommission unter Vorsitz des Rechnungshofpräsidenten Heinz Fischer-Heidelberger.

Kontrolle durch Landtag

Die Landtagspräsidentin bestätigte die Zahlen der aktuell und früher betroffenen Abgeordneten. Zu den 79 insgesamt gehört noch die frühere FW- und jetzige fraktionslose Abgeordnete Gabriele Pauli. Stamm will nach Prüfung alter Vorwürfe einen Gesetzentwurf vorlegen, wonach Verwandte von Abgeordneten bis zum dritten Grad (Cousin, Neffe) nicht mehr als Hilfskräfte beschäftigt und bezahlt werden dürfen. Dem Landtagsamt soll, anders als bisher, die Kontrolle sämtlicher Beschäftigungsverträge übertragen werden. Dieses Gesetz soll noch im Mai zur Ersten Lesung kommen und im Juni verabschiedet werden. Die letzte Sitzung des alten Landtags ist für den 18. Juli festgelegt. Danach gibt es bis zum Zusammenreten des neuen Landtags nur noch den zur Gesetzgebung nicht ermächtigten Zwischenausschuss.

Teilweise begannen die betroffenen Kabinettsmitglieder bereits mit der Rückzahlung oder Spende der an Familienmitglieder ausgezahlten Gehälter. **rm**



Bayerische Klimawoche

Ende April fand die Eröffnung der Bayerischen Klimawoche durch Ministerialdirektor Dr. Christian Barth, Amtschef des Umweltministers Marcel Huber, im Rahmen der „Energie-für-alle-Woche“ in Pfaffenhofen an der Ilm statt. Gemeinsam mit dem ortsansässigen Energie- und Solarverein und der Stadt Pfaffenhofen veranstalteten die Partner der Bayerischen Klima-Allianz die Auftaktveranstaltung für die Bayerische Klimawoche 2013.

Unter dem Motto „Feiern für's Klima“ startete am selben Tag die Klimaschutzinitiative der Stadt Pfaffenhofen als großes Bürgerfest auf dem Hauptplatz. Die über 20 Partner der Bayerischen Klima-Allianz sowie verschiedene Vereine, Firmen und Verbände informierten über Energiesparen, Umwelt- und Naturschutz, klimaschonende Mobilität und regenerative Energien.

Bereits am Vormittag wurden mit einem symbolischen Spatenstich die Bauarbeiten für den Natur- und Erlebnispfad des Energie- und Solarvereins Pfaffenhofen eröffnet. „In diesem Lehrpfad werden auf innovative Weise Energie- und Klimaschutz mit Natur- und Artenschutz verbunden“, so Ministerialdirektor Dr. Barth. Schon zu Beginn der Veranstaltung konnte Andreas Herrschmann, Vorsitzender des Energie- und Solarvereins (ESV), einen Scheck über 13.000 Euro von der Sparkasse Pfaffenhofen und dem Sparkassenverband Bayern entgegen nehmen. **ab**

Übertragung des Nutzungsrechts gestellt, so wird das Nutzungsrecht auf Antrag einer nachberechtigten Person verliehen.

Claudia Drechsler zufolge ist jede Grabstätte spätestens drei Monate nach der Beisetzung bzw. nach der Verleihung des Nutzungsrechtes würdig herzurichten, gärtnerisch anzulegen und in diesem Zustand zu erhalten. Bei allen Grabstätten seien der nutzungsberechtigte oder die Nachfolger im Nutzungsrecht zur ordnungsgemäßen Pflege und Instandhaltung des Grabes verpflichtet.

Die Errichtung von Grabmalen und sonstigen baulichen Anlagen oder deren Änderung bedürfe - unbeschadet sonstiger Vorschriften - der Erlaubnis der Gemeinde. Die Gemeinde sei berechtigt, soweit das zur Wahrung der Rechte anderer notwendig ist und der Friedhofszweck es erfordert, Anordnungen zu treffen, die sich auf Einfriedungen, Einfassungen und sonstige bauliche Anlagen beziehen. **DK**

ARGE GL in Bayern:

Einblicke in das Bestattungsrecht

Frühjahrstagung in Bad Königshofen

Die Arbeitsgemeinschaft der Geschäftsstellenleiter in Bayern (ARGE GL in Bayern e. v.) lud zum Auftakt der 64. Tagungsreihe zu ihrer Frühjahrstagung nach Bad Königshofen im Landkreis Rhön-Grabfeld ein. 80 Verwaltungsmitarbeiter aus dem nordbayerischen Raum tauschten Informationen aus und befassten sich mit Fragen rund um das Friedhofs- und Bestattungsrecht.

Nach der Begrüßung der Teilnehmer durch Klaus Hahn, Beiratsmitglied für Unterfranken sowie Bad Königshofens Bürgermeister Thomas Helbling sprach Regierungsdirektor Wolfgang Warmuth in Vertretung des verhinderten Landrats Thomas Habermann in seinem Grußwort von einem thematischen „Glücksgriff“. Das Friedhofsthema sei auch hinsichtlich des demografischen Wandels mit zahlreichen Herausforderungen verbunden. Ansprüche und Vorstellungen gestalteten sich aktuell anders als noch zu früheren Zeiten.

Meisterpflicht

Mit Blick auf die Handwerksordnung wies Warmuth darauf hin, dass renommierte Bestattungsunternehmen gerne die Meisterpflicht festschreiben würden, dies jedoch rechtswidrig wäre, weil die Bestattungsfirmen rechtlich als „handwerksähnliche Betriebe“ und nicht als „hochsicherheitsrelevant“ eingestuft sind. So kämen auch Firmen zum Zuge, die statt einer guten Ausbildung „Learning by doing“ bevorzugen, monierte Warmuth.

Referentin Claudia Drescher vom Bayerischen Gemeindetag, Referatsdirektorin in den Bereichen öffentliche Sicherheit und Ordnung und Straßenrecht, beleuchtete im Anschluss das Bayerische Bestattungsgesetz und gab Einblicke in die neueste Rechtsprechung zu bestimmten Themen. Angesprochen wurden zahlreiche praktische Fragen, rechtliche und haftungsrechtliche Probleme, die beim Betrieb von kommunalen Friedhöfen und durch den Wandel in der Bestattungskultur auftauchen. Satzungsregelungen, Verkehrsicherungsregeln und technische

Regelwerke sind dabei zu beachten. Dazu kommen Fragen rund um alternative Bestattungsformen wie beispielsweise Baumbestattungen, nicht anonyme Wald-Urnen-Bestattungen, anonyme Grabgemeinschaftsanlagen, unbelegte und verwilderte Gräber, Standfestigkeitsprüfungen, „Sozialbestattungen“ und öffentlich-rechtlicher Kostenersatzanspruch. Viele Fragen wurden von der Referentin beleuchtet und es wurden Lösungswege aufgezeigt. Freilich, so der Tenor, gibt es derzeit nicht für alle Probleme endgültige Antworten oder eine gerichtliche Entscheidung.

Nutzungsrechtübertragung

Innerhalb der Reihenfolge des §1 BestV hat die ältere Person Vorrang vor der jüngeren. Haben Vorberechtigte innerhalb von sechs Monaten keinen Antrag auf

Teil der kommunalen Daseinsvorsorge

22. Musikschulkongress des Verbandes deutscher Musikschulen in Bamberg

„Musikschule ist Teil der kommunalen Daseinsvorsorge. Das heißt, dass es keine freiwillige Leistung sein kann, die von der Konjunktur und Kassenlage abhängig gemacht werden kann. Als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge darf es daher keine Streichungen bei den Musikschulen geben“, sagte der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude in seinem Eröffnungsvortrag zum 22. Musikschulkongress des Verbandes deutscher Musikschulen (VdM) in Bamberg.

Gerade bei der wichtigen Vernetzung der allgemein bildenden Schulen mit anderen Einrichtungen in der kommunalen Bildungslandschaft seien „die Musikschulen ganz integraler Bestandteil. Der Etat für sie gilt in Zeiten der Konsolidierung daher als wichtiger Posten“, so Ude. Da musische Fächer aufgrund der Schulzeitverkürzung zu den ersten Opfern würden, forderte Ude: „Wir müssen musikalische Bündnisse für Freiräume für musikalische Betätigung schaffen“. Auch bei den integralen Aufgaben des Bildungssystems Inklusion und Integration habe die

Musik enorme Chancen: „Beide Aufgaben messen den Musikschulen eine steigende und keineswegs schwindende Bedeutung zu“, betonte Ude.

Kulturelle Vielfalt

In seiner Begrüßung hob der neue VdM-Vorsitzende Ulrich Rademacher unter dem Kongressmotto „Faszination Musikschule!“ besonders die Aspekte kulturelle Vielfalt, Begabtenförderung und Inklusion als wichtige Aufgaben der Musikschulen hervor und erklärte: „Wenn wir (Fortsetzung auf Seite 4)

Wir gratulieren

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Höcherl
93194 Walderbach
am 17.5.
Bürgermeister Hubert Buhl
87527 Sonthofen
am 22.5.
Bürgermeister Bernhard Brückner
97342 Obernbreit
am 22.05.
Bürgermeister Michael Asam
86971 Peiting
am 25.5.
Bürgermeister Josef Haselbeck
84100 Niederaichbach
am 26.5.
Bürgermeister Clemens Weilmeyer
86836 Obermeitingen
am 27.5.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Reiner Grimm
91611 Lehrberg
am 3.6.
Bürgermeister Franz Stiglmair
84091 Attenhofen
am 5.6.
Bürgermeister Josef Lutzenberger
86919 Utting a. Ammersee
am 10.5.
Bürgermeister Wolfgang Seitz
63930 Neunkirchen
am 17.5.
Bürgermeister Josef Flink
83137 Schonstett
am 20.5.
Bürgermeister Reinhold Klein
91484 Sugenheim
am 22.5.
Bürgermeister Bernd Fessler
83109 Großkarolinenfeld
am 24.5.
Bürgermeister Wolfgang Küber
97794 Rieneck
am 26.5.
Bürgermeister Andreas Wutzlhofer
92648 Vohenstrauß
am 26.5.

Bürgermeister Harald Polzer
87653 Eggenthal
am 29.5.

Bürgermeisterin Margit Horner-Spindler
86934 Reichling
am 30.5.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Wolfgang Wild
92361 Bergau
am 15.5.
Landrätin Tamara Bischof
97318 Kitzingen
am 20.5.
Bürgermeister Willi Warmuth
97456 Dittelbrunn
am 22.5.
Bürgermeister Karl Ecker
84072 Au i. d. Hallertau
am 25.5.

Bürgermeister Albert Nickl
92676 Speinshart
am 31.5.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Stephan Gawlik
94538 Fürstenstein
am 1.6.
Bürgermeister Peter Berek
95680 Bad Alexandersbad
am 3.6.
Bürgermeister Peter Felbermeier
85778 Haimhausen
am 5.6.
Bürgermeisterin Birgit Huber
90522 Oberasbach
am 15.5.
Bürgermeister Patrick Ruh
91555 Feuchtwangen
am 19.5.
Bürgermeister Christian Schiller
82211 Herrsching
am 20.5.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister Martin Finzel
96482 Ahorn
am 11.5.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Personenstandswesen im Wandel

Jahresmitgliederversammlung der bayerischen Standesbeamten in Garmisch-Partenkirchen

Knapp 500 Teilnehmer verzeichnete die dreitägige **Verbandsversammlung der bayerischen Standesbeamten in Garmisch-Partenkirchen**. Im Mittelpunkt der landesweiten Fortbildungsveranstaltung stand das Ende einer jahrhundertalten Tradition: Die 1.250 bayerischen Standesämter werden an das „Zentrale Elektronische Personenstandsregister (ZEPR)“ angeschlossen und alle künftigen Beurkundungen dort registriert und weiter verarbeitet. Im Januar dieses Jahres wurde damit begonnen. Spätestens Ende Juni 2013 soll die Umstellung abgeschlossen sein.

Betreiber des ZEPR ist auf Grund gesetzlicher Vorgaben die Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB). Dort ist man optimistisch, das Projekt gemeinsam erfolgreich zu bewältigen, so deren Geschäftsführender Direktor Alexander Schroth. Die Standesbeamten leisteten Pionierarbeit bei der flächendeckenden Archivierung bedeutsamer Dokumente.

„Mit der Einführung der elektronischen Personenstands- und Sicherungsregister beginnt in den Standesämtern ein neues Zeitalter“, konstatierte Bayerns Innenstaatssekretär Gerhard Eck im Anschluss an die Begrüßung von Vorstandsvorsitzendem Klaus Holub. Bayern setze derzeit eine Lösung um, die sowohl für die Bürger als auch die Standesämter die Möglichkeiten der Personenstandsrechtsreform im Jahr 2009 umfassend ausschöpft.

Länderöffnungsklausel

Die Bayerische Staatsregierung habe von der Länderöffnungsklausel des Personenstandsgesetzes Gebrauch gemacht und ein „zentrales elektronisches Personenstandsregister“ eingerichtet. Dabei handle es sich um kein eigenes Landespersonenstandsregister. Vielmehr sei es ein automatisiertes Abrufverfahren. Es baue auf den elektronischen Personenstandsregistern der Standesämter auf und ermögliche ihre gegenseitige Benutzung. Dadurch trage es sowohl den Belangen der Bürger als auch der Städte und Gemeinden Rechnung.

So können die Bürger laut Eck künftig bayernweit bei allen Standesämtern Auskünfte aus den Personenstandseinträgen oder Personenstandsurkunden erhalten. „Sie müssen sich nicht mehr an das beurkundende Standesamt wenden. Voraussetzung ist allerdings, dass der Eintrag bereits elektronisch beurkundet oder entsprechend nachverfasst wurde.“

Konkrete Zahlen zu den Kosten dieser Registerführung könnten erst geliefert werden, wenn alle Standesämter etwa Mitte des Jahres angeschlossen sind. Angesichts der besonderen Bedeutung für die Fortentwicklung des E-Government in Bayern habe sich der Freistaat bereits freiwillig mit einem Zuschuss von 1 Million Euro beteiligt. Dadurch sei das Gesamtsystem für die Kommunen mit niedrigeren Kosten verbunden als eine dezentrale Registerführung ohne entsprechenden Zuschuss.

Elektronischer Datenaustausch

Eck zufolge wird die Elektronik zunehmend den Arbeitsablauf der Standesämter bestimmen. Ab 1. Januar 2014 dürfe der elektronische Datenaustausch zwischen den Standesämtern ausschließlich über das Datenaustauschformat XPersonenstand erfolgen. Die Umsetzung obliege den Betreibern der Fachverfahren.

Außerdem können fortan alle Bürgermeister einer Gemeinde zu Standesbeamten mit eingeschränktem Aufgabebereich bestellt werden. „Damit tragen wir

dem Anliegen der Gemeinden Rechnung, die sich ein erweitertes Angebot an Eheschließungen und Begründungen von Lebenspartnerschaften durch ihren Bürgermeister sonst nicht mehr leisten können“, so Eck.

Zusammenlegung

Eine wesentliche Neuerung sei, dass bei Zusammenlegungen eine Orts- oder Regionalbezeichnung für das Standesamt bestimmt werden kann. Davon machten beispielsweise die Standesämter Gäuboden und Mainbogen Gebrauch.

Diese Regelung erleichtere in der Praxis die Aufgabenübertragung auf andere Standesämter im Wege der interkommunalen Zusammenarbeit. In Landkreisen, die von der demographischen Entwicklung besonders

betroffen sind, könnten Übertragungen von Standesämtern gefördert werden. „Wir haben den betroffenen Regierungen hierfür Haushaltsmittel zugewiesen“, erklärte der Politiker.

Übergangszeitraum

Auch im materiellen Personenstandsrecht ändere sich für die Standesbeamten einiges: Der fünfjährige Übergangszeitraum für die Umstellung auf die elektronische Registerführung ende zwar erst am 31. Dezember 2013, gleichwohl trete bereits in Kürze das Personenstandsrechts-Änderungsgesetz in Kraft. Es bereinige die Schwachstellen der Personenstandsrechtsreform und schließe Regelungslücken. Unter anderem könnten dann auch Fehlgeburten (sog. Sternenkinder) gegenüber dem Standesamt angezeigt und von ihm bescheinigt werden.

Änderungen werden auch im Kostenrecht auf die Standesämter zukommen, machte Eck deutlich. Vor allem die kostenrechtliche Behandlung bei der Vornahme von Eheschließungen und der Begründung von Lebenspartnerschaften werde in diesem Zuge neu geregelt. DK

bvv-Landestagung in Deggendorf:

Bildung im Google-Zeitalter

Mit der Frage „Lernen in der Volkshochschule - online oder offline?“ beschäftigte sich die diesjährige Mitgliederversammlung des Bayerischen Volkshochschulverbandes (bvv) im niederbayerischen Deggendorf. Josef Deimer, Präsident des bvv und Altbürgermeister der Stadt Landshut, konnte hierzu rund 200 Gäste willkommen heißen.

Seit jeher hat Präsident Deimer zufolge die Volkshochschule einen sozialen Bildungsauftrag, der die Begegnung der Menschen in die Mitte rückt. Wenn jemand diese Seite der vhs in Frage stellen wollte, gefährde er das Wesenselement, also den inneren Impuls der Volkshochschule. Genauso gehöre es aber „zu unserem Selbstverständnis, starke Trends aufzuspüren und darauf zu reagieren - sei es in der Lerntheorie, in der beruflichen Weiterbildung, in der kulturellen und gesellschaftlichen Bildung, im Schöpferischen oder in der Kommunikation der Menschen“. „Und so wäre es unverzeihlich, wenn wir die rasante Entwicklung der neuen Medien für das Lebenslange Lernen leichtfertig ignorieren würden“, machte Deimer in seiner Begrüßung deutlich.

Herausforderungen

Auf der Basis eines Vortrags des Journalisten und Buchautors Markus Albers zum Thema „Bildung im Google-Zeitalter - Wie wir in Zukunft lernen und arbeiten“ diskutierten Karl Heinz Eisfeld, Vorsitzender des Landesbeirates für Erwachsenenbildung und 1. Vorsitzender des bvv, Bernd Sibling, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus, Prof. Dr. Julia Lehner, Kulturreferentin der Stadt Nürnberg und Gastredner Albers die Herausforderungen für die künftige Arbeit der Volkshochschulen.

„Die ersten Schritte zum Online-Lernen sind getan. Bei der rasanten Entwicklung werden sich die Volkshochschulen mit einer Online-Strategie der tausend Schritte als späte Avantgarde dem Thema nähern“, hob Eisfeld hervor. Den Volkshochschulen

fehle die finanzielle Ausstattung, um mit großen Projektentwürfen auf den Markt zu gehen.

Digitalisierung

„Ich bin mir sicher, dass die Volkshochschulen das Zeitalter der Digitalisierung als Chance für noch bessere Bildung begreifen“, erklärte Staatssekretär Sibling. Der Beweis dafür seien nicht nur zahlreiche Blended-Learning-Angebote. Die Volkshochschulen trügen mit ihrem Kursangebot auch einen erheblichen Anteil daran, dass auch diejenigen, die keine „Digital Natives“ sind, immerhin „digitale Zuagroaste“ werden können.

Großes Interesse

„Das große Interesse der Menschen an den Angeboten der Volkshochschulen, aber natürlich längst nicht nur im Bereich IT und Digitalisierung“, zeigt nach Siblings Worten, dass die bayerischen Volkshochschulen als kommunale Weiterbildungszentren „auf der Höhe der Zeit“ sind. Damit seien sie die Garantien dafür, dass vor Ort die Voraussetzungen für lebenslanges Lernen gegeben sind - und damit für eine zukunftsfähige Bildung.

Führungswechsel

Die Mitgliederversammlung in Deggendorf stand auch im Zeichen eines Führungswechsels: Der bisherige 1. Vorsitzende des bvv, Karl Heinz Eisfeld, trat nach 15 Jahren Vorstandsarbeit nicht mehr zur Wahl an. Er wurde mit der Ehrenurkunde für hervorragende Verdienste um die Förderung der Erwachsenenbildung in Bayern und der gold-



Kolumne
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

in den bayerischen Ballungsräumen ist der Wohnraum knapp und die Mietpreise steigen seit Monaten stark an. Rund ein Drittel des Wohnungsmangels in Bayern entfällt alleine auf die Landeshauptstadt München. Und das obwohl wir in Bayern aktuell so viele Wohnungen haben wie nie zuvor. Trotzdem fehlen uns in Groß- und Mittelstädten mehrere 10.000 Wohnungen und selbst Normalverdiener haben inzwischen vielerorts Schwierigkeiten, bezahlbaren Wohnraum zu finden.

Ursachen dafür sind vor allem die geringe Bautätigkeit in den letzten Jahren sowie die ge-



mindestens 2017 verlängert und Umwandlungsspekulationen durch längere Kündigungsfristen gezielt bekämpft werden.

Der Neubau von Mietwohnungen kann zum einen durch eine steuerliche Förderung im Sinne einer degressiven steuerlichen Abschreibungsmöglichkeit verbessert werden. Zudem müssen aber auch die Kommunen ihren Teil zur Wohnraumversorgung beitragen und neues Bauland für die dringend benötigten neuen Wohnungen ausweisen. Gerade das Ausweichen auf Umlandgemeinden ist eine gute Möglichkeit, das Problem des Wohnungsmangels in Ballungsräumen zu entzerren und dabei gleichzeitig den ländlichen Raum zu stärken.

Für den sozialen Wohnungsbau ist es entscheidend, dass die Mittel hierfür auch weiterhin auf hohem Niveau bereitgestellt werden. In Bayern umfasst die Wohnraumförderung zum Bau preisgünstiger Sozialwohnungen bisher 210 Millionen Euro jährlich, das heißt: Der Freistaat hat alleine in den letzten fünf Jahren über eine Milliarde Euro in die Wohnraumförderung investiert. Darüber hinaus muss auch der Bund seinen Anteil daran mindestens bis 2019 ungeschmälert festschreiben. Flankierend zur Förderung von Bautätigkeiten, die erst mittelfristig ihre Wirkung entfalten können, ist es erforderlich, die Mieter auch direkt zu unterstützen und zur besseren sozialen Absicherung eine Erhöhung des Wohngeldes anzustreben.

Diese Maßnahmen können uns helfen, die regionale Wohnungsknappheit zu bekämpfen und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Wohnraum, der so dringend benötigt wird, der ein ganz wichtiger Standortfaktor für unsere Städte und Gemeinden ist und der unsere Lebensqualität maßgeblich beeinflusst. Diesen Aspekt sollten kommunale Entscheidungsträger immer vor Augen haben, wenn sie daran mitarbeiten, das Problem der Wohnungsnot zu lösen. Packen wir es gemeinsam an!

Ihr Stefan Rößle

Regionale Wohnungsknappheit

stiege Nachfrage von Kapitalanlegern, die im Zuge der Finanz- und Bankenkrise auf den Immobilienmarkt drängen. Ein weiterer Grund ist, dass jährlich etliche tausend Menschen aus anderen Bundesländern nach Bayern übersiedeln. Deshalb ist die Schaffung von leistbarem Wohnraum zu einer zentralen Frage unserer Zeit geworden, die wir schnellstmöglich lösen müssen. Doch wie kann hier Abhilfe geschaffen werden?

Dazu bedarf es einer großen wohnungspolitischen Offensive unter Einbeziehung von Mieterschutz, Wohnungsneubau und sozialem Wohnungsbau, wie sie die CSU bereits vorgeschlagen hat: Um die Bezahlbarkeit von Wohnraum sicherzustellen, soll eine Mietpreisbremse eingeführt werden, die vorsieht, dass Mieterhöhungen auf 15 % in drei Jahren begrenzt werden. Bei Neuvermietungen soll die Miethöhe auf maximal 10 % über der örtlichen Vergleichsmiete begrenzt werden. Darüber hinaus müssen mehr Mietwohnungen erhalten bleiben, indem das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum bis

Landkreistage Baden-Württemberg und Bayern:

Dringender Appell an die Bundespolitik

Der Fehler liegt im System. Fast jedes zweite Krankenhaus in Deutschland schreibt mittlerweile Verluste. „Trocknet die Politik die Krankenhäuser in den Landkreisen finanziell weiter so aus wie bisher, dürfte es eines Tages zum Gesundheitsrisiko werden, im kreisangehörigen Raum zu leben“, betonen Landkreistag Baden-Württemberg und Bayerischer Landkreistag in einem gemeinsamen Appell an die Bundespolitik. Ihre Kernforderung: „Ein Krankenhaus, das bedarfsgerecht ist und wirtschaftlich arbeitet, muss in der Lage sein, ohne Mehrleistungen und Personalabbau die unvermeidlichen Kostensteigerungen zu refinanzieren.“

Um dies zu erreichen, müssen nach Ansicht der Spitzenverbände auf Bundesebene drei wesentliche Weichenstellungen vorgenommen werden: Zum einen müsse der Orientierungswert zur Bemessung der Kostensteigerung im Krankenhausbereich ohne Abstriche dauerhaft umgesetzt und dabei so nachgeschärft werden, dass er die tatsächlichen Preissteigerungen verlässlich abbildet. Zum anderen sei die sog. doppelte Regression vollständig aufzuheben. Darüber hinaus wird dafür plä-

diert, die Grund- und Regelversorgungskrankenhäuser speziell im ländlichen Raum in die Lage zu versetzen, ihren Daseinsvorsorgeauftrag zu erfüllen und die medizinische Versorgung in ihrem Gebiet dauerhaft sicherzustellen. Dem diene es vor allem, wenn Leistungen der Grundversorgung im DRG-Fallpauschalensystem aufgewertet und hierdurch Vorhaltekosten für die Notfallmedizinische Akutversorgung refinanziert werden oder das Instrument der Sicherstel-

lungszuschläge dadurch gestärkt wird, dass keine Anrechnung auf den Landesbasisfallwert erfolgt.

Kurzfristig sei das auf Bundesebene vorbereitete Paket zur Krankenhaus-Soforthilfe wie folgt nachzubessern:

1. Die in Aussicht gestellte anteilige Tariflohnfinanzierung muss vollständig ausfinanziert sein. Das derzeit vorgesehene Finanzvolumen reicht hierfür nicht aus.

2. Der Versorgungszuschlag muss als bundeseinheitlicher Preisaufschlag zugunsten aller Krankenhäuser umgehend realisiert werden.

3. Der Orientierungswert muss rechtlich so gefasst werden, dass die Verhandlungen mit der Kassenseite zwingend bei den realen Kostensteigerungen der Kliniken ansetzen müssen und allenfalls in begründeten Ausnahmefällen hiervon abgewichen werden darf. DK

Tag der Optionskommunen 2013

Im Berliner dbb-Forum fand jüngst der Tag der Optionskommunen 2013 statt. Die 106 Landkreise und kreisfreien Städte, die eigenverantwortlich das SGB II (Hartz IV) ausführen, treffen sich bei diesem Kongress für die Umsetzer. Der Tag der Optionskommunen ist inzwischen eine gute Tradition geworden. In diesem Jahr fand die Veranstaltung erstmals im Rahmen des Benchlearnings der Optionskommunen statt. Der Deutsche Landkreistag und der Deutsche Städtetag unterstützen gemeinsam diesen Prozess.

Über 250 Anmeldungen für den Kongress zeigten das große Interesse in der Fachöffentlichkeit. Neben den Optionskommunen sind die Landesministerien und die Bundesregierung ebenso wie Beratungsunternehmen im SGB II vertreten. Zentraler Gegenstand war das Thema Qualität im Bereich des SGB II. Hierzu lieferte Landrat Jörg Benschberg aus dem Landkreis Ammerland den Eingangsvortrag. In der Podiumsdiskussion gingen Staatssekretär Gerd Hoofe, die Beigeordnete des Deutschen Landkreistages Dr. Irene Vorholz, der Beigeordnete der Stadt Solingen Robert Krumbin und andere der Frage nach, wie Qualität in den Jobcentern gesichert und erhöht werden kann. □

Teil der kommunalen...

(Fortsetzung von Seite 2)
davon überzeugt sind, dass wir mit Musik uns selbst und die Welt auf faszinierende Weise besser verstehen, mit Musik kommunizieren können und mit Musik auch etwas loswerden können wie Spannungen, Lösungen, Aggressionen oder Hingabe, dann versteht sich das Grundrecht auf Musik von selbst. Dann ist klar, dass wir mit der Musik eines der faszinierendsten Werkzeuge und zugleich Ziel für Inklusion haben.“

Bildungszentrum

„Die öffentliche Musikschule ist das musikalische Bildungszentrum in der Kommune, mit einem - das halte ich für ganz wichtig - öffentlichen Bildungsauftrag. Deutschland wäre ein freudloses, ja armes Land, hätten wir keine Musikschulen“, erklärte Lutz Stroppe, Staatssekretär im Bundesjugendministerium, in seinem Grußwort. In Zeiten der sich auch zeitlich verändernden Bildungslandschaft müsse daher dafür Sorge getragen werden, dass insbesondere Zeit zu musizieren für Kinder und Jugendliche bleibe. Dabei seien auch Kooperationen zwischen allgemein bildenden Schulen und Musikschulen wichtig. Er sei auch froh, dass der VdM im Rahmen des Programms „Kultur macht stark! Bündnisse

für Bildung“ 20 Millionen Euro erhalte, um das musikalische Angebot gerade auch für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche weiter zu stärken. Nicht in Frage gestellt werden dürfe die Förderung der Musikschulen, so Stroppe und ergänzte: „Die Umwandlung von festen in freie Verträge darf nicht Schule machen und wo der Versuch unternommen wird, muss alles unternommen werden, dass dies rückgängig gemacht wird.“

Zum Schluss dankte Stroppe dem langjährigen und im Rahmen des Kongresses verabschiedeten VdM-Vorsitzenden Winfried Richter für die langjährige gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit beim intensiven gemeinsamen Einsatz für die Musikschulen.

Fester Platz im System

Einen festen Platz für die musikalische Bildung im Bildungssystem forderte in seinem Grußwort ebenfalls Wilhelm Wenning, Regierungspräsident des Regierungsbezirks Oberfranken, der die Grüße des Bayerischen Ministerpräsidenten Seehofer überbrachte. Hierfür setze sich die Bayerische Staatsregierung ein. Eine langfristige Förderquote für die Musikschulen von 25 Prozent sei dabei wünschenswert.

Werner Hipelius, Bürgermei-

ster der Stadt Bamberg, freute sich in seiner Begrüßung der Kongressteilnehmer über die qualitativ hochwertigen Angebote der musikalischen Bildung der nach dem VdM-Strukturplan arbeitenden Städtischen Musikschule und der Kreismusikschule Bamberg, deren Qualität auch in der gemeinsamen Aufführung

Neue Führungsspitze...

(Fortsetzung von Seite 1)

liche Lösungen sollten tatsächlich auf das Notwendige beschränkt werden, damit sich lokales Handeln für die Bürgerinnen und Bürger entfalten kann. Europa lebt durch die lokale und regionale Vielfalt.“ Leistungen kommunaler Daseinsvorsorge dürften keinen unnötigen Beschränkungen unterworfen werden. Das Gemeinwohl müsse in der EU genauso stark gewichtet werden wie der grenzüberschreitende Wettbewerb.

Um das Gemeinwohl im Bereich der Wasserversorgung zu sichern, richtete der Städtetagspräsident an die EU-Kommission den dringenden Appell, die öffentliche Wasserwirtschaft aus der geplanten Neuregelung der Konzessionsvergaberichtlinie herauszunehmen. „Wir sind entschieden dagegen, die kommunale Wasserwirtschaft in Deutschland zwangsweise umzuorganisieren oder der Gefahr einer Privatisierung auszusetzen. Eine Neuregelung der Konzessionsrichtlinie gefährdet die bewährte Struktur. Die kommunale Wasserwirtschaft ist hierzulande Garant für eine hohe Qualität des Trinkwassers, aber auch für bezahlbare Preise und für nachhaltige Investitionen in die Infrastruktur. Sie muss unabhängig von ihrer Rechtsform in kommunaler Hand bleiben können, wenn Städte und Bürger das wünschen.“

Gesprächsbereitschaft

Ude: „Wir begrüßen die Gesprächsbereitschaft der EU-Kommission. Die beste Lösung wäre jedoch, die Wasserwirtschaft aus der Konzessionsrichtlinie komplett herauszunehmen. So könnten alle Zweifel ausgeräumt werden, ob die kommunale Daseinsvorsorge beeinträchtigt wird und eine Privatisierung wider Willen Einzug halten soll. Wir appellieren an die Bundesregierung, diese Position der deutschen Kommunen in Brüssel zu unterstützen.“

Mit Blick auf wachsende Probleme durch aktuellen Wohnungsmangel in einer Reihe von Städten forderte der Präsident Maßnahmen in drei Bereichen: einen stärkeren öffentlichen, privaten und genossenschaftlichen Wohnungsbau, einen wirksamen Schutz der Mieter vor überhöhten Mieten und eine deutliche Aufstockung des Wohngeldes für Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen. „Gegen den teilweise rasant zunehmenden Wohnungsmangel in vielen großen Städten hilft vor allem der Bau neuer Wohnungen. Hier sind Städte, Bund und Länder gemeinsam gefordert. Damit wirklich nur dort gefördert wird, wo die Wohnungsknappheit besteht, brauchen die Städte keine Geldverteilung mit der Gießkanne, sondern eine streng zweckgebundene Verteilung von Fördermitteln. Dafür geeignet sind gezielte Förderprogramme der Länder. Außerdem muss der Bund angesichts der Mangelsituation seine Ausgleichszahlungen für die Wohnraumbeförderung an die Länder über das Jahr 2014 hinaus verlängern.“

Zu den wünschenswerten Neuregelungen des Mietrechts nannte Ude vor allem folgende Punkte:

• Mieterhöhungen sollten bei Wiedervermietung in Regionen mit angespannten Wohnungsmärkten – lokal differenziert

des Musicals „Hair“ zum Kongressabschluss zu erleben sei.

Ein Beispiel für die hervorragende Arbeit der Musikschulen bot bei der Eröffnung das Landesjugend-Jazzorchester Bayern unter der Leitung von Harald Rüschenbaum, das das Publikum mit seinen Aufführungen begeisterte. □

Deshalb sind der Bund und die Länder bei Klagen als Urheber des Rechtsanspruchs in der politischen Mitverantwortung - auch beim wahrscheinlich notwendigen Ausgleich von Schadenersatzforderungen“, machte Ude deutlich.

Finanzlage

Auch die Finanzlage der Kommunen stand in Frankfurt am Main auf der Agenda. Der stellvertretende Städtetagspräsident, Oberbürgermeister Helmut Himmelsbach aus Heilbronn, erklärte: „Die aktuelle kommunale Finanzlage erscheint nur bei flüchtigem Hinsehen erfreulich, ist bei genauerer Betrachtung aber ambivalent und teilweise besorgniserregend. Viele Städte konnten ihre Finanzsituation in jüngster Zeit verbessern. Im ver-

durch Rechtsverordnungen der Länder – auf 10 Prozent oberhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete zunächst für die Dauer von fünf Jahren beschränkt werden. Dieser Schritt würde über den bisherigen, vom Städtetag begrüßten Beschluss des Bundestages hinausgehen, der eine regional differenzierte Kappungsgrenze von 15 Prozent für Mieterhöhungen bei bestehenden Mietverträgen vorsieht.

• Die Maklerkosten sollte bei der Wohnungsvermittlung derjenige tragen, der den Makler beauftragt hat.

• Vermieter, die 20 Prozent mehr als die ortsübliche Vergleichsmiete verlangen, sollten ein Ordnungsgeld zahlen müssen. Das Wirtschaftsstrafgesetz sollte so geändert werden, dass es wieder einen wirksamen Schutz gegen Mietpreisüberhöhungen bietet. Momentan ist dieses Instrument nicht praxistauglich, weil die Mieter nicht nur nachweisen müssen, dass die Miete deutlich zu hoch ist, sondern auch, dass eine Mangellage ausgenutzt wurde. Und dieser Nachweis lässt sich kaum führen.

Rechtsanspruch

Rund drei Monate vor Inkrafttreten des Rechtsanspruchs auf Betreuung für Kinder unter drei Jahren machte der Deutsche Städtetag deutlich, dass die Städte in den vergangenen Jahren sehr große Leistungen für den Ausbau der Betreuungsplätze in Kindertageseinrichtungen und bei Tagesmüttern und -vätern erbracht haben und diese Anstrengungen fortsetzen wollen.

Wie Ude darlegte, „wollen wir bis zum Stichtag am 1. August so vielen Eltern wie möglich ihren Betreuungswunsch erfüllen. Deshalb unternehmen die Städte alles in ihrer Macht Stehende, um das Platzangebot auch kurzfristig noch weiter zu erhöhen. Die Ausbaufolge der Städte können sich sehen lassen. Wir haben in den vergangenen Jahren mit Hochdruck an dieser Aufgabe gearbeitet und seit 2006 mehr als 300.000 neue Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren geschaffen. Dennoch werden vor allem in einigen Großstädten, wo der Bedarf sehr hoch ist, voraussichtlich Lücken bei der Kinderbetreuung bleiben. Wo Plätze fehlen, werden die Städte gemeinsam mit den Eltern nach geeigneten Lösungen für den individuellen Bedarf suchen.“ In Härtefällen seien die Länder in diesem Sommer aufgefordert, flexible Angebote und Lösungen zuzulassen, die den Eltern gegebenenfalls für eine Übergangszeit die Betreuung ihrer Kinder ermöglichen. Allerdings dürften diese Angebote nicht zu Lasten der Qualität der Betreuung gehen.

Eine Klagewelle sei angesichts der gewaltigen Ausbauleistung der Städte und ihrer intensiven Vermittlungsbemühungen nicht zu erwarten. Dennoch werde es voraussichtlich zu Klagen kommen und es könne auch nicht jedem Kind ein Platz in der Wunsch-Kita oder bei der Tagesmutter direkt um die Ecke garantiert werden. „In vielen Großstädten liegt der Bedarf mit über 50 Prozent weit über dem vom Bund angenommenen Durchschnitt von 39 Prozent. Es gilt jedoch für alle Kommunen dieselbe kurze Fristsetzung im Gesetz.

Die Städte in Deutschland haben für das weitere Zusammenwachsen Europas eine Schlüsselrolle. Städte sorgen für Bürgernähe und realisieren in Partnerschaft mit der Europäischen Union und den Mitgliedsstaaten europäische und nationale Politik. Die Europäische Union kann ihre Bürgerinnen und Bürger nur erreichen, wenn sie die Kommunen als demokratische, bürgernahe Ebene einbezieht. Die deutschen Städte stehen dafür als Partner bereit. Der Deutsche Städtetag machte dies zum Abschluss seiner Hauptversammlung in einer „Frankfurter Erklärung“ deutlich.

Nähe zu den Menschen

Der neu gewählte Präsident Ulrich Maly, meinte hierzu: „Was Europa nicht regeln muss,



Das neu gewählte Führungsduo des Deutschen Städtetags Dr. Ulrich Maly und Dr. Eva Lohse. □

gangen Jahr verzeichneten die Kommunalhaushalte insgesamt einen Überschuss von 1,8 Milliarden Euro. Allerdings zeigen sich zunehmend große Unterschiede zwischen wirtschaftlich starken und strukturschwachen Regionen. Viele Kommunen sind von Überschüssen weit entfernt und kämpfen weiter mit Defiziten, ihnen droht eine finanzielle Abwärtsspirale. Sie führt teilweise zu erheblichen Einschnitten bei kommunalen Angeboten, die direkt im Alltag der Menschen spürbar werden.“

Viele Städte litten unter strukturellen Problemen und könnten daher ihren Haushalt aus eigener Kraft nicht ausgleichen. Hauptursache dafür seien steigende Sozialausgaben, die sich für alle Kommunen inzwischen auf knapp 45 Milliarden Euro belaufen. Sozialausgaben belasteten viele Stadtkassen inzwischen so stark, dass Investitionen unterbleiben, die für die mittelfristige und langfristige Standortattraktivität einer Stadt wichtig sind und die letztlich Auswege aus der Finanznot bieten würden. Viele Städte müssten ihre laufenden Ausgaben zudem mit hohen Kassenkrediten finanzieren. „Im vergangenen Jahr stiegen die Kassenkredite der Städte auf den alarmierenden Negativrekordwert von fast 48 Milliarden Euro. 2008 war die Summe auch schon besorgniserregend, betrug aber noch 30 Milliarden Euro“, betonte Himmelsbach.

Schieflage

Bund und Länder hätten inzwischen erkannt, welche Gefahr von einer derartigen Schieflage ausgeht und unterstützten betroffene Städte zunehmend auf dem Weg zur Haushaltssanierung. Mehrere Länder hätten Konsolidierungsfonds zur Rettung besonders gefährdeter Kommunen aufgelegt und der Bund habe die Kosten der Grundsicherung im Alter von den Kommunen übernommen. „Diesen Schritten müssen weitere folgen. Dazu zählt in der nächsten Legislaturperiode ein Bundesleistungsgesetz für die Eingliederung von Menschen mit Behinderungen, durch das die Kommunen bei den Sozialausgaben in spürbarer Milliardenhöhe entlastet werden müssen“, so Himmelsbach.

solte es auch nicht anpacken, sondern den Mitgliedsstaaten und den Kommunen überlassen, die im Alltag nah bei den Menschen sind. Der Weg Europas von den Köpfen in die Herzen der Menschen geht nur über die Städte. Europa ist groß, abstrakt und weit weg. Nur wenn wir klar machen können, wie wichtig Europa für uns vor Ort ist, wird mehr Identifikation entstehen können.“

Die europäische Integration und die Integration innerhalb der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten verlangt nach Einschätzung des Deutschen Städtetags verstärkt nach Möglichkeiten zum Austausch und zu Partnerschaften. Sie könnten das Zusammenwachsen erleichtern und sollten deshalb stärker gefördert werden.

Fördermaßnahmen

Neben Fördermaßnahmen, die das künftige Europa gestalten helfen, seien die Städte aber auch auf eine stärkere Unterstützung bei der Lösung kommunaler Probleme mit europäischer Dimension angewiesen, beispielsweise bei der Armutswanderung und ihrer Bewältigung.

Doch auch bei anderen Problemen hierzulande und mitunter schwierigen Integrationsaufgaben benötigten die Städte die Unterstützung und finanzielles Engagement von Bund und Ländern, hob Maly hervor. Programme wie „Soziale Stadt“ seien unverzichtbar, um den Städten bei ihrer Integrationsarbeit und beim Ausgleich schwieriger Entwicklungsbedingungen wirksam zu helfen.

Darüber hinaus wurden Bund und Länder aufgefordert, kommunale Anliegen wirkungsvoll gegenüber den europäischen Institutionen zu vertreten. Dazu zähle auch eine stärkere Einbindung der Kommunen durch eine stärkere Rolle für sie im Ausschuss der Regionen in Brüssel. Unter den 24 Vertretern, die Deutschland in dieses Gremium entsendet, dürften nicht länger lediglich drei Vertreter der Kommunen sein. Es liege vor allem in der Hand der Länder, den Anteil der Kommunen deutlich aufzustocken und es damit anderen europäischen Staaten gleichzutun. **DK**

Nächste Hürde zur Fortführung des GVFG-Bundesprogramms geschafft

Der Bundesrat hat nunmehr den Antrag des Freistaats Bayern zur Fortführung des GVFG-Bundesprogramms (Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz) angenommen. „Damit ist jetzt der Bundestag aufgefordert, sich mit unserer Gesetzesinitiative zu befassen“, freute sich Bayerns Verkehrsminister Martin Zeil.

Wie Zeil hervorhob, müsse das GVFG-Bundesprogramm unbedingt über das Jahr 2019 hinaus fortgesetzt werden: „Es war und ist die wichtigste Grundlage zur Finanzierung der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur. Ohne dessen Fortsetzung wird der international vorbildliche Ausbau des deutschen Nahverkehrs ins Stocken geraten.“ □

Das Problem...

(Fortsetzung von Seite 1)

Sein Ministerium sei gerade dabei, den Bundesverkehrswegeplan für die Jahre 2015 bis 2030 vorzubereiten, sagte Ramsauer. Im Zuge dessen habe Bayern bereits 398 Straßenbauprojekte im Wert von 17 Mrd. Euro, 30 Schienenprojekte im Wert von 13 Mrd. Euro und zwei Wasserstraßenprojekte mit 0,5 Mrd. Euro angemeldet.

Stichwort Wohnungsbau: „Es gibt keine flächendeckende Wohnungsnot in Deutschland, sondern lediglich etwa ein Dutzend Ballungsgebiete, die Verknappungserscheinungen aufweisen“, fuhr Ramsauer fort. In Bayern zählten hierzu München, Regensburg, Augsburg und der Großraum Nürnberg. In zahlreichen Gegenden fielen die Immobilienpreise kontinuierlich, so dass die deutschlandweiten Durchschnittswerte als sehr trügerisch zu bezeichnen seien.

Das Hauptaugenmerk liege nun darauf, „sich zu überlegen, was in Ballungsräumen zu tun ist“. Mit Blick auf einen forcierten Mietwohnungs- und Eigenheimbau habe das Bundesbauministerium Ende 2012 ein Bündel von Maßnahmen vorgelegt, die in den Koalitionsverhandlungen zu behandeln sein werden. Dazu zählten laut Ramsauer die Wiedereinführung der degressiven AFA (Abschreibung) und die Wiedereinführung der Eigenheimzulage in abgeschwächter bzw. zielgenauerer Form. Bereits in der Anfangsphase befindet sich ein attraktives Bau-Kreditprogramm für junge Familien. Über die KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) sollen hier gün-

stige Darlehen ausgereicht werden.

Auch beim Thema Städtebauförderung „müssen wir uns auf die Hinterbeine stellen“, berichtete der Minister. Die Städtebauförderung als eine seit über 40 Jahren bewährte Gemeinschaftsleistung von Bund, Ländern und Kommunen sei über viele Jahre mit Fördermitteln in Höhe von 610 Mio. Euro ausgestattet gewesen. Zwischenzeitlich sei der Betrag auf 260 Mio. Euro geschmolzen, nunmehr aber im zweiten Jahr hintereinander auf 455 Mio. Euro angehoben worden.

Städtebauprogramm Energetische Stadtanierung

Darüber hinaus unterstützt der Bund die Städtebauförderung mit dem 100 Mio. Euro dotierten Programm „Energetische Stadtanierung“. Damit soll der Sanierungsprozess in Innerortslagen über das Einzelgebäude hinaus auf das Quartier ausgeweitet und so auf eine breitere städtebauliche Basis gestellt werden. Private Eigentümer und Vermieter scheuen derzeit noch oftmals Aufwand und Komplexität von umfassenden Sanierungsmaßnahmen. Sie werden mit diesem Programm in die Stadtentwicklung und energetische Sanierung intensiv einbezogen, selbstverständlich auf der Basis von Freiwilligkeit. „Meine tiefe Überzeugung ist: Ohne diese Städtebauförderungsprogramme könnten die meisten Gemeinden viele ihrer strukturellen Probleme nicht meistern“, so Ramsauer abschließend. **DK**

Schnelle Anbindung von Ostbayern an MUC II

Unterzeichnung des Realisierungsvertrags für die Neufahrer Kurve

Den Realisierungs- und Finanzierungsvertrag für die Neufahrer Kurve haben am Münchner Flughafen der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bahn AG Dr. Rüdiger Grube und Bayerns Wirtschafts- und Verkehrsminister Martin Zeil unterzeichnet. Damit übernimmt die Bahn die vom Freistaat Bayern erstellten Planungen und wird sie in die Praxis umsetzen.

Wie Minister Zeil hervorhob, ermögliche die Neufahrer Kurve eine direkte, stündliche, schnelle und komfortable Anbindung des Flughafens aus Regensburg, Landshut, Moosburg und Freising. „Dabei werden wir als Freistaat Bayern auf günstige Umsteigeverbindungen in Regensburg und Landshut achten. So profitieren auch große Teile der Oberpfalz und Niederbayerns bis Passau von dieser neuen Verbindung.“

Verbindungsstrecke

Die Neufahrer Kurve besteht aus einer 2,3 Kilometer langen zweigleisigen elektrifizierten Verbindungsstrecke zwischen der Strecke Regensburg – München und der bisher nur von S-Bahnen befahrenen Strecke Neufahrer – Flughafen München. Die Fahr-

zeit mit dem Zug wird sich zwischen Landshut und Flughafen von bisher rund einer Stunde auf nur noch rund eine halbe Stunde halbieren.

„Mit unserer heutigen Unterschrift unter den Realisierungs- und Finanzierungsvertrag bekräftigen wir – Freistaat und Bahn – unseren gemeinsamen Willen, die Schienenanbindung des Münchner Flughafens zeitnah zu verbessern“, erklärte Zeil. „Der Flughafen München werde schrittweise besser in das Schienennetz der DB AG eingebunden.“

„Zur Zukunft der Mobilität gehört, dass Bahn und Flug nicht gegeneinander, sondern miteinander arbeiten“, betonte DB-Vorstandsvorsitzender Grube. Die Neufahrer Kurve sei ein weiterer Baustein zur intelligenten Verknüpfung der Verkehrssträ-

ger. Bahnkunden und Flugpassagiere könnten sich auf schnelle, bequeme und umweltverträgliche Verbindungen freuen.

Nach Minister Zeils Angaben könnten nach dem Vorliegen eines Urteils, das in diesem Jahr erwartet wird, die Vergabe der Bauleistungen und anschließend die Realisierung der Maßnahme beginnen. Die Bauzeit betrage rund vier Jahre.

Rasche Inbetriebnahme

„In den Verhandlungen mit der Bahn haben wir auf eine rasche Inbetriebnahme noch im Jahr 2017 gedrängt. Wir mussten aber zur Kenntnis nehmen, dass dieser Termin insbesondere wegen der noch laufenden Klage nicht mehr erreicht werden kann. Ich bedaure diese Verzögerung sehr“, räumte Zeil ein. „Wir haben alles getan, auch zum Beispiel die Bauzeit noch einmal um einige Monate reduziert, ohne damit die verlorene Zeit aufholen zu können. Als neuen Ter-

min für die Inbetriebnahme haben wir nun das Jahr 2018 vertraglich vereinbart.“

Diese Verschiebung komme auch deswegen zustande, „weil das Planfeststellungsverfahren länger gedauert hat als angedacht, weil die Klage eventuell Verzögerungen nach sich zieht und weil wir neue Regelprozesse bei der Bahn berücksichtigen müssen“. Die Kosten der Neufahrer Kurve konnten dagegen seit 2008 stabil gehalten werden. Sie betragen real mit Preisstand 2009 rund 83 Millionen Euro.

Trasseneinnahmen

Davon werden Zeil zufolge der Bund voraussichtlich etwa 41 Millionen Euro und der Freistaat etwa 42 Millionen Euro tragen. Die Bahn werde einen Teil ihrer Trasseneinnahmen durch die vom Freistaat zusätzlich bestellten Züge in Höhe von voraussichtlich rund zehn Millionen Euro in den 20 Jahren nach Inbetriebnahme an den Freistaat zurückzahlen.

Neben dem Bau der Neufahrer Kurve soll nach Zeils Informationen in weiteren Baustufen der Lückenschluss nach Erding und die Anbindung Richtung Mühldorf durch die Walpertskirchner Spange erfolgen, deren Planung der Freistaat Bayern ebenfalls zügig vorantreiben. **DK**

Bilanzpressekonferenz Flughafen München:

Neuer Passagierrekord

Trotz der Krise in der europäischen Luftfahrt hat der Flughafen München im vergangenen Jahr mehr Fluggäste verbucht als jemals zuvor. Zudem wurden Rekordwerte beim Umsatz verzeichnet, berichtete der Vorsitzende der FMG-Geschäftsführung, Dr. Michael Kerkloh, auf der Jahrespressekonferenz des Unternehmens am Münchner Flughafen.

Mit 38,4 Millionen Fluggästen wurde 2012 das Vorjahresergebnis um 600.000 Passagiere bzw. knapp zwei Prozent übertroffen. Damit lag der Münchner Airport prozentual deutlich über dem bundesweiten Trend. Insgesamt wurden 2012 am Münchner Flughafen knapp 400.000 Starts und Landungen durchgeführt, 2,9 Prozent weniger als im Vorjahr. Laut Kerkloh „haben die Fluggesellschaften die erhöhte Passagierfrage 2012 aufgrund von Flottenerneuerungen durch den Einsatz größerer Flugzeuge auffangen können“.

Europaverkehr

Der 2012 in München erreichte Passagierzuwachs basiert vor allem auf einer überdurchschnittlichen Steigerung im Europaverkehr: Hier wurde das Flugangebot von knapp 23 Millionen Fluggästen genutzt, über drei Prozent mehr als im Vorjahr. Mit rund 5,7 Millionen Passagieren legte auch die Anzahl der Reisenden im Interkontinentalverkehr gegenüber dem Vorjahr um ein Prozent zu. Dagegen ist der innerdeutsche Verkehr um knapp zwei Prozent auf 9,6 Millionen Fluggäste zurückgegangen.

Engpässe in der Rushhour

Die leichten Rückgänge im Bewegungsaufkommen des Münchner Flughafens betrafen fast ausschließlich Verbindungen in nachfrageschwächeren Tageszeiten. Damit bleiben die Engpässe zu den Hauptverkehrszeiten weiterhin bestehen. Flughafenchef Kerkloh sieht deshalb die konkrete Gefahr, dass ohne dritte Start- und Landebahn eine Situation entsteht, in der Airlines und Passagiere zu anderen Flughäfen abwandern: „Damit gehen dem Freistaat Bayern zugleich wichtige Konjunktur- und Beschäftigungseffekte verloren. Die für die heimische Wirtschaft ebenso wie für Investoren und

ansiedlungswillige Unternehmen so bedeutsamen Standortvorteile, die sich aus der Nähe zu einem prosperierenden Flughafen ergeben, stehen und fallen nun einmal mit dem Flugangebot des betreffenden Airports.“

Bedeutung der Luftfahrt für Gesamtwirtschaft

Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Turbulenzen in der deutschen Luftverkehrsindustrie hob Kerkloh auch in seiner Funktion als neuer Präsident der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen die Bedeutung der Branche für die Gesamtwirtschaft hervor: „Die deutsche Luftverkehrsindustrie beschäftigt über 800.000 Menschen, verschafft unseren heimischen Unternehmen eine effiziente Anbindung an ein weltweites Streckennetz und nimmt als Impulsgeber für viele weitere Wirtschaftszweige eine Schlüsselrolle innerhalb unserer Volkswirtschaft ein. Wer den Luftverkehrsstandort Deutschland stärkt, trägt deshalb weit über die Branche hinaus zu Wohlstand und Beschäftigung in unserem Land bei.“

Schlüsselindustrie

Gesellschaft und Politik müssten sich hierzulande die Frage stellen, wo die Impulse des Luftverkehrs in Zukunft landen sollen. Kerkloh: „Wer heute bundesweiten Nachtflugverboten oder zusätzlichen Sonderabgaben für die deutsche Luftfahrtindustrie wie einer nationalen Kerosinsteuern das Wort redet, sollte ehrlicherweise die volkswirtschaftlichen Kosten solcher Maßnahmen benennen, sollte also sagen, auf wie viele Arbeitsplätze und welche Wertschöpfungsbeiträge wir dann künftig verzichten müssen. Ich jedenfalls meine, dass wir uns keine weitere Schwächung dieser Schlüsselindustrie mehr leisten können.“ **DK**

Lärmschutz in Bayern kommt voran

35 Kilometer neue Schallschutzwände im Bau

Im Rahmen des Lärmsanierungsprogramms an bestehenden Schienenwegen des Bundes errichtet die Deutsche Bahn in Bayern derzeit an 19 Orten im Freistaat insgesamt 35 Kilometer Schallschutzwände. „Mit den vielen in diesem Jahr abzuschließenden bzw. neu in Angriff genommenen Schallschutzwänden kommen wir beim Lärmschutz in Bayern ein gutes Stück voran. Viele Anwohner entlang von Bahnstrecken werden in Zukunft vom ausgeweiteten Lärmschutz profitieren“, so Alexander Pawlik, DB ProjektBau GmbH. Für diese Lärmsanierungsmaßnahmen werden in Bayern in den kommenden drei Jahren rund 50 Millionen Euro investiert.

Im Einzelnen wurden so beispielsweise auf der Strecke München – Augsburg in 2012 in den Ortsdurchfahrten Langwied und Lochhausen Schallschutzwände mit einer Gesamtlänge von insgesamt 600 Meter fertig gestellt. Im Herbst 2012 haben im Großraum München auf den Bahnstrecken München – Augsburg, der Güterumgehungsstrecke Abzweigung Steinwerk – Waldtrudering sowie auf der Strecke München – Rosenheim Arbeiten an Schallschutzwänden mit einer Gesamtlänge von insgesamt über zwölf Kilometern begonnen, deren Fertigstellung für Winter 2014 geplant ist.

Lückenschluss

Im Einzelnen finden die Bauarbeiten in der Gemeinde Gröbenzell, in München – Trudering, Haar und in der Gemeinde Zorneding entlang der S 4 statt. Dort wird die Lücke zwischen den bereits existierenden Schutzwänden entlang der Bahnhofstraße geschlossen. Diese Vorhaben sollen bis zum Winter 2014 abgeschlossen sein.

Seit dem Frühjahr 2013 laufen die Bauarbeiten zum Bau von Lärmschutzwänden in München-Untergiesing am Südring, und zwischen Berg am Laim (Baumkirchen) und Grönsdorf. Diese Vorhaben sollen bis zum Winter 2015 abgeschlossen sein.

In Oberbayern errichtet die DB darüber hinaus im Landkreis Rosenheim seit 2008 auf den Strecken nach München und nach Kiefersfelden in den Ortsdurchfahrten Rosenheim, Wernhardsberg, Flintsbach, Oberaudorf und Niederaudorf Schallschutzwände mit einer Länge von insgesamt über sieben Kilometern. Die Bauarbeiten wurden im Sommer 2012 abgeschlossen. Bis zum Winter 2013 entstehen sechs wei-

tere Schallschutzwände in Rosenheim-Ost, Großkarolinenfeld sowie Kiefersfelden.

Außerdem stellte die Bahn im Frühjahr 2012 auf der Strecke Passau – Regensburg im Bereich Sünching eine einen Kilometer lange Schallschutzwand fertig. Im Frühjahr 2013 werden drei weitere große Bauprojekte zur Lärmsanierung im Großraum Regensburg und in den mittelfränkischen Orten Gundelsheim und Möhren bei Treuchtlingen mit einer Gesamtlänge von rund neun Kilometern begonnen.

In Mittelfranken wurden seit 2008 auf der Strecke Regensburg – Nürnberg in der Ortsdurchfahrt Feucht, auf der Strecke Nürnberg – Rangierbahnhof in den Ortsteilen Nürnberg Werderau, Schweinau und Gartenstadt, auf der Strecke Fürth – Würzburg in der Ortsdurchfahrt Neustadt a. d. Aisch sowie im Bahnknoten Treuchtlingen Schallschutzwände mit einer Gesamtlänge von insgesamt über zwölf Kilometer errichtet. Der Bau der Lärmschutzwände wurde im Herbst 2012 abgeschlossen.

Dichte Zugfolge

Wegen der tagsüber meist dichten Zugfolge auf den betroffenen Strecken erfolgen die Arbeiten überwiegend in planmäßigen Zugpausen in den Nachtstunden – auch am Wochenende.

Mit dem seit 1999 von der Bundesregierung geförderten Programm „Lärmsanierung an bestehenden Schienenwegen des Bundes“ wurde erstmals die finanzielle Möglichkeit geschaffen, Schallschutzmaßnahmen auch entlang vorhandener Schienenwege umzusetzen. Vorher war das nur bei Neubaustrecken möglich. Aktuell stehen dem Programm jährlich Haushaltsmittel in Höhe von 100 Millionen Euro zur Verfügung.

Schwarzfahren soll bald 60 Euro kosten

Die Verkehrsminister der Länder haben sich für eine Erhöhung der Strafzahlung fürs Schwarzfahren von 40 auf 60 Euro ausgesprochen. „Diese Entscheidung ist überfällig, denn der bisherige Betrag von 40 Euro gilt seit über zehn Jahren und schreckt vor allem die notorischen Schwarzfahrer kaum noch ab“, so Oliver Wolff, Hauptgeschäftsführer des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV).

Den deutschen Nahverkehrsunternehmen entgehen durch Schwarzfahren pro Jahr rund 250 Millionen Euro an Fahrgeldeinnahmen. Hinzu kommen jährliche Kosten von 100 Millionen Euro fürs Kontrollpersonal. Doch die Strafzahlung fürs Schwarzfahren, das so genannte Erhöhte Beförderungsentgelt (EBE), ist letztmalig zum Anfang des Jahres 2003 von 30 auf 40 Euro erhöht worden. Die Höhe des EBE ist bundesweit einheitlich in zwei Rechtsverordnungen des Bundes geregelt. Um das EBE zu erhöhen muss das Bundesverkehrsministerium diese Verordnungen mit Zustimmung des Bundesrates ändern. Bundesverkehrsminister Ramsauer hatte dem VDV schon vor Monaten mitgeteilt, dass er bei einem entsprechenden Signal aus den Ländern bereit sei, das EBE anzupassen. „Durch das Votum der Länderverkehrsminister ist das geforderte Signal nun da, es gibt also keinen Grund länger zu warten“, sagt Wolff. **□**

Bei der Lärmsanierung handelt es sich um eine freiwillige Leistung des Bundes. Mit der Realisierung der Maßnahmen ist die DB ProjektBau GmbH beauftragt.

Nach Bayern flossen seit 1999 aus dem Lärmsanierungsprogramm rund 65 Millionen Euro in über 200 abgeschlossene Einzel-

maßnahmen. Damit wurden insgesamt ca. 28,6 Kilometer Schallschutzwände gebaut und zusätzlich rund 3.000 Wohneinheiten mit Schallschutzfenstern und/oder Permanentbelüftern ausgestattet. Weitere rund 93 Kilometer Schallschutzwände sind in Planung oder bereits im Bau. **□**

TV BAYERN ★
LIVE

Bondi Beach, Sidney?



Eisbach, München!

* Neu gesehen:
Ganz Bayern in einer Stunde – sonntags um 17.45 Uhr auf RTL.

Netzwerk Recycling Technologies Bayern:

Ruf nach Rohstoffwende

Kooperationsveranstaltung mit der IHK Schwaben in Augsburg

Deutsche Unternehmer, die ihr Engagement in Schwellen- und Entwicklungsländern im Bereich der Recyclingtechnik, der Abfallbehandlung oder der Wasserwirtschaft stärken möchten, müssen bei der Projektumsetzung vieles beachten. Was genau auf sie zukommt, wissen die Experten des Netzwerkes Recycling Technologies Bayern, ein Projekt der bifa Umweltinstitut GmbH. Dieses zeigte auf einer Veranstaltung in Kooperation mit der IHK Schwaben in Augsburg, welche Chancen und Risiken sich gerade auch für kleine und mittelständische Unternehmen in diesem Sektor ergeben.

2010 von der bifa Umweltinstitut GmbH gegründet, ist Recycling Technologies Bayern ein Netzwerk für die Recyclingbranche. Mittlerweile umfasst das

Netzwerk 14 Mitglieder. Im Vordergrund steht die Bündelung von Erfahrungen und Know-how in allen Bereichen der Recyclingtechnologie. Durch die Koopera-

tion von Forschung, Entwicklung und Wirtschaft kann Recycling Technologies Bayern auch bei komplexen Aufgabenstellungen umfassende Beratungsleistungen aus einer Hand bereitstellen.

Sekundärrohstoffe schaffen

Walter Ernst, Vorsitzender des IHK Ausschusses für Umwelt und Energie, eröffnete die Veranstaltung. Eine Einführung in das Thema gab Professor Dr. Wolfgang Rommel, Geschäftsführer der bifa Umweltinstitut GmbH. Über 90 Prozent aller Abfälle werden nach seinen Worten in den EU-Mitgliedsstaaten lediglich deponiert. Für Rommel handelt es sich hierbei um Ressourcen, die dadurch dem menschlichen Zugriff entzogen werden. Er wies darauf hin, wie wichtig es ist, mittels Recycling Sekundärrohstoffe zu schaffen.

Tempo aufnehmen

Dr. Peter Kulitz, Gründungsmitglied des Netzwerkes Recycling Technologies Bayern, forderte in Anbetracht der starken Aufholgeschwindigkeit anderer Länder bezüglich der Recyclingtechnologien dazu auf, Tempo aufzunehmen – damit der Vorsprung, den sich deutsche Unternehmen hier erarbeitet haben, auch in Zukunft erhalten bleibt.

Der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Staatsminister Thomas Kreuzer, stellte klar: „Der Energiewende muss eine Rohstoffwende folgen! Unsere Antwort auf steigende Rohstoffpreise und zunehmenden Wettbewerb mit Schwellenländern lautet deshalb Ressourcenmanagement und Ressourceneffizienz.“

Wertvolles Rohstofflager

Die Rückführung von Sekundärrohstoffen werde immer wichtiger, so Kreuzer. In Deutschland fielen jedes Jahr rund 345 Mio. Tonnen Abfall an. Gerade Elektronikschrott sei ein wertvolles Rohstofflager. „Nur ein Beispiel: Wir haben in Bayern im letzten Jahr die bisher größte Handysammelaktion in Deutschland durchgeführt und einen wahren Rohstoffschatz gehoben. Aus 70.000 Mobiltelefonen konnten 17 Kilogramm Silber, 260 Kilogramm Kobalt und über 600 Kilogramm

Kupfer gewonnen werden – ein riesiger Erfolg!“

„Deshalb lautet unser Ziel: Wir wollen die gesamte industrielle Wertschöpfungskette von der Materialforschung bis zum Produktrecycling im Land halten“, fuhr Kreuzer fort. Die Anstrengung lohne sich, denn das Potenzial der Umwelttechnik sei enorm. Deutschlandweit werde die Branche bis 2015 um 10,6 Prozent jährlich wachsen und damit rund dreimal so stark wie die gesamte Wirtschaft. Für die bayerischen Unternehmen aus der Umweltwirtschaft bedeute dies eine riesige Chance.

Mitspielen in der ersten Liga

Damit die bayerische Umweltwirtschaft in Zukunft in der ersten Liga mitspielt, sei es erforderlich, die Wettbewerbsfähigkeit weiter zu steigern – mit noch mehr Innovationen, noch besserer Vernetzung und mehr Internationalisierung. Neben einer besseren Zusammenarbeit mit der mittelständischen Umweltwirtschaft im Freistaat plädierte der Minister für vermehrten Austausch von Erfahrungen und Know-how zwischen Betrieben und Forschungseinrichtungen.

Mit ihren hochinnovativen Unternehmen und der engen Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft sei die Region Augsburg heute schon das „bayerische Silicon Valley der Ressourceneffizienz“, lobte Kreuzer. Die Forschungsdichte in der Region sei beeindruckend.

Beeindruckende Forschungsdichte

Als Beispiele nannte der Politiker unter anderem die Universität Augsburg und zahlreiche Institute wie das Umwelttechnologisches Gründerzentrum, das Wissenschaftszentrum Umwelt und das bifa Umweltinstitut, die Netzwerke Kompetenzzentrum Umwelt Augsburg-Schwaben und den Umweltcluster Bayern sowie den Augsburger Innovationspark. Allein für den Ausbau im „Science Park“ habe Bayern fast 90 Mio. Euro in die Hand genommen. Als Herzstück des Innovationsparks werde das neue Technologiezentrum Aushängeschild für den Umwelttechnologiestandort Augsburg „mit Strahlkraft weit über die Region hinaus“.

Das Praxis-Panel „Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft“ und die „Best-Practice-Plattform Abfallwirtschaft“ rundeten den methodischen Teil der Veranstaltung ab. **DK**



Mit dem Durchschneiden des Bandes gaben Regierungspräsidentin Brigitta Brunner und Umweltminister Dr. Marcel Huber (r.) den Weg frei zum neuen Infozentrum. □

Schlackenberg in Sulzbach-Rosenberg:

Größtes Sanierungsprojekt in Bayern beendet

„Auf einem tot geglaubten Stück Erde ist Leben!“ Mit diesen Worten hat Umweltminister Marcel Huber offiziell die bauliche Sanierung der Schlackendeponie in Sulzbach-Rosenberg beendet. Es handelt sich hierbei um die größte Baumaßnahme Bayerns im Deponiebereich. In den vergangenen acht Jahren wurden 56,8 Millionen Euro investiert.

In mehr als 100 Jahren wurden hier 4,8 Millionen Kubikmeter Material aus der Eisen- und Stahlherstellung der Maxhütte abgelagert. Mit der Sanierung wurden die Steilböschungen stabilisiert und durch eine Oberflächenabdichtung ein essentieller Beitrag zum Grundwasserschutz geleistet. Insgesamt wurden 200 Bohrbrunnen, teils in innovativer Schrägbohrtechnik, zur Entölung des Deponiekörpers eingebracht und rund 1,5 Millionen Kubikmeter Baumaterialien bewegt.

Minister Huber bezeichnete „das sehr anspruchsvolle Großprojekt“ als „ein Meisterstück der Deponietechnik“. Die Folgenutzung stehe unter dem Motto: Ökologisch, kulturell, touristisch und energetisch. Dazu eröffnete Huber das Informationszentrum zur Eisen- und Stahlherstellung der Oberpfalz.

Neues Informationszentrum

Es besteht aus zwei architektonisch gestalteten Gebäuden, wobei das Gebäude am Hochpunkt der Deponie neben Blicken auf den sanierten Schlackenbergsberg und das ehemalige Werksgelände eine eindrucksvolle Ausstellung zur Eisen- und Stahlherstellung beherbergt. „Damit bleibt die Geschichte in Sulzbach-Rosenberg lebendig – unsere Kinder und Enkel können hier auch die Bedeutung der Eisen- und Stahlherstellung in der Oberpfalz erleben“, betonte der Minister. Dafür investierte der Freistaat gemeinsam mit Mitteln des Konjunkturpakets II 700.000 Euro.

Für die sanfte touristische Nutzung sind laut Huber die vertraglichen Voraussetzungen zwischen der Stadt Sulzbach-Rosenberg und

der Regierung der Oberpfalz in Vorbereitung. Für die energetische Nutzung in Form einer Photovoltaikanlage wird noch ein Investor gesucht.

Der „Berg“ habe alle an der Sanierung Beteiligten vor besondere Herausforderungen gestellt und sei das Ergebnis einer guten Zusammenarbeit vieler Fachstellen und Behörden, erklärte Regierungspräsidentin Brigitta Brunner. „Obwohl wir alle mit der Sanierung des Schlackenbergs Neuland betreten haben, konnte der Kosten- und Zeitrahmen eingehalten werden.“ Nun gelte es, über Möglichkeiten der Nachfolgenutzung zu beraten, „damit die Bevölkerung ihren Berg in Besitz nehmen kann“. Allerdings dürfe nicht vergessen werden, dass der Berg immer eine Deponie bleibe.

Finanzieller Kraftakt

Für Amberg-Sulzbach Landrat Richard Reisinger liegt in dem Beinamen „Deponie“ eine besondere Herausforderung zur touristischen Vermarktung des Schlackenbergs. Er gab seiner Freude darüber zum Ausdruck, dass eine umweltbelastende Episode ein gutes Ende genommen habe und dankte dem Freistaat Bayern für dessen finanziellen Kraftakt.

Ebenso dankte Sulzbach-Rosenbergs Bürgermeister Michael Göth der Regierung der Oberpfalz und dem Freistaat. Letzterer habe sich der Finanzierung angenommen, „um aus einem Reststoffgebirge einen grünen Hügel zu machen“. Das Profil des Berges werde sich gut ins Ortsbild von Sulzbach-Rosenberg einfügen, zeigte sich Göth überzeugt. **DK**

Neues Wertstoffhofkonzept des Landkreises Landsberg

Im Rahmen einer Bürgermeisterdienstbesprechung im Landratsamt Landsberg am Lech wurde das neue Konzept über die Neuordnung des Standortnetzes der Wertstoffhöfe mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern besprochen. Alle anwesenden Bürgermeisterinnen und Bürgermeister stimmten dem Standortkonzept anschließend dem Grund nach zu.

Landrat Walter Eichner sagte den Gemeinden zu, Änderungswünsche bezüglich des Standortes innerhalb der Gemeinden entgegenzunehmen und soweit als möglich zu berücksichtigen. Demnach werden ab dem kommenden Jahr von den bisherigen 53 Wertstoffhöfen noch insgesamt 34 in Betrieb sein.

Umwelt- und Kreisausschuss hatten in der Sitzung vom März 2013 als Empfehlung an den Kreisrat beschlossen, nach der Umstellung der Wertstofffassung zum 1. Januar 2014 (gelbe Tonne) das Konzept für die Neuordnung der Standorte der Wertstoffhöfe u. a. mit

folgenden Maßgaben umzusetzen:

- In jeder politischen Gemeinde verbleibt ein Wertstoffhof
- In der Stadt Landsberg am Lech verbleiben 3 Wertstoffhöfe (Landsberg-Ost und Landsberg-West sowie Erpfting) und im Markt Dießen am Ammersee verbleiben 2 Wertstoffhöfe.
- Für den Wertstoffhof Erpfting werden 4 Stunden Öffnungszeit festgelegt. Dafür werden die Öffnungszeiten in Landsberg-Ost und Landsberg-West um jeweils 2 Stunden reduziert.
- Grüngut wird ausschließlich auf Wertstoffhöfen erfasst. □

Tricks mit 100.000 Tonnen ...!

Glaubt man den Zahlen mancher Unternehmen, geben die Verbraucher enorme Mengen an leeren Verpackungen zurück

Köln - Die Marktentwicklung im dualen System gibt erneut Anlass zur Sorge: „Es wird wieder getrickt, was das Zeug hält“, kritisiert Stefan Schreier, Geschäftsführender Gesellschafter und CEO der DSD – Duales System Holding GmbH & Co. KG. „Es ist schon erstaunlich, was die deutschen Verbraucher angeblich alles an leeren Verpackungen in den Laden zurückbringen.“

Die Menge an Verkaufsverpackungen, die laut Meldung der dualen Systeme über die Eigenrücknahme am Point of Sale, also im Laden zurückgenommen werden und daher nicht am dualen System teilnehmen (PoS-Mengen), hat sich in den ersten beiden Quartalen 2013 gegenüber dem Vorjahr bei Leichtverpackungen um fast 23 Prozent von 41.574 Tonnen auf 51.082 Tonnen erhöht, bei Glasverpackungen sogar mehr als verdoppelt von 13.953 Tonnen auf 28.290 Tonnen.

Buchungstricks

„Das würde, aufs Jahr hochgerechnet, eine unfassbare Menge von weit über 100.000 Tonnen ergeben. Dabei landen auch diese Verpackungen mitnichten im Laden, sondern zum größten Teil im Gelben Sack und der Gelben Tonne sowie in den Glascontainern“, betont Michael Wiener, Geschäftsführender Gesellschafter und CMO der Duales System Holding. „Es handelt sich hier um reine Buchungstricks, mit denen sich einige duale Systeme um die Übernahme von Entsorgungskosten für den Gelben Sack und die Glascontainer drücken.“

Nassabfallentsorgertreffen in Gunzenhausen

Das traditionelle Nassabfallentsorgertreffen fand in diesem Jahr in Gunzenhausen statt. Mit 45 Teilnehmern war die Veranstaltung sehr gut besucht.

Frau Prof. Dr. Priem (Impulse pro Kanalbau e.V.) legte dar, dass der Wiederbeschaffungswert für das öffentliche Kanalnetz in Deutschland auf fast 700 Mrd. Euro geschätzt wird. Die Instandhaltungsinvestitionen betragen aber nur 1,4 Mrd. Euro/Jahr, das entspricht etwa einem Fünftel dessen, was nötig wäre.

Um auf diesen Missstand und die daraus resultierenden negativen Folgen aufmerksam zu machen, hat sich die Initiative Impulse pro Kanalbau e.V. gegründet. Zuletzt stellte die Initiative einen neuen Forderungskatalog vor, den Prof. Priem den VBS-Mitgliedern präsentierte. Der Initiative Impulse pro Kanalbau e.V. gehört auch der VBS an.

Mit Dr. Dominik Deinzer stellte sich der neue gsb-Ge-

Absurde Größenordnung

Für den Gesamtmarkt beträgt diese Quote nach Angaben der Clearingstelle duale Systeme dagegen über acht Prozent. „Das bedeutet, dass die übrigen dualen Systeme im Durchschnitt 15,6 Prozent der bei ihnen beteiligten Leichtverpackungen als PoS-Menge abrechnen. Das sind über 50.000 Tonnen“, so Wiener. „Das ist eine völlig absurde Größenordnung.“

Die Verpackungsverordnung lässt den Abzug von PoS-Mengen aus dem dualen System ausdrücklich zu. „Wir fordern seit Jahren von der Politik, dieses Schlupfloch der Verpackungsverordnung endlich zu schließen“, bekräftigt Wiener. □

nehmern vor. Er betonte, dass die gsb unter seiner Führung auf eine gute Zusammenarbeit mit dem VBS und seinen Mitgliedern setze.

Nachweise bei Sammelentsorgung

Frau Arlt und Herr Steininger (LfU Bayern) legten dar, worauf aus Sicht des LfU bei der Beantragung eines Sammelentsorgungsnachweises zu achten sei. Hans Kreiser (ARStec) machte hierzu einige konstruktive Vorschläge, um Probleme bei der Genehmigung von Sammelentsorgungsnachweisen zu vermeiden.

Abschließend stand die Besichtigung des Sonderabfall-Zwischenlagers der Firma Rudolf Ernst GmbH & Co. KG Städtereinigung auf dem Programm. □

GAB-Altlastensymposium am 9./10. Juli 2013 in Regensburg

Die Gesellschaft zur Altlastensanierung in Bayern mbH (GAB) veranstaltet am 9. und 10. Juli 2013 ihr diesjähriges Altlastensymposium im Kolpinghaus in Regensburg.

Im August 2012 startete bei der GAB das neue Förderprogramm „Alte Lasten - Neue Energien“ mit großer Nachfrage. Entsprechend widmet sich ein Themenschwerpunkt des diesjährigen Symposiums dem Thema Erneuerbare Energien bei Altlasten und Deponien.

Als weiterer Themenschwerpunkt werden in diesem Jahr aktuelle Informationen zu neuen rechtlichen Entwicklungen vorgestellt. Zudem befasst sich die Tagung vertiefend mit Sanierungsverträgen als Alternative zur Sanierungsanordnung. Übersichtsvorträge zum Entwicklungsstand innovativer Sanierungsverfahren und Beiträge über Sanierungen und Sanierungskonzepte von Altlasten, insbesondere von Altlagerungen bieten einen umfassenden Überblick über den derzeitigen Stand der Altlastensanierung in der Praxis.

Das Altlastensymposium 2013 führt als Plattform für den interdisziplinären Informations- und Erfahrungsaustausch Entscheidungsträger und Fachleute aus der wirtschaftlichen, kommunalen und regionalen Praxis, Sanierungspflichtige sowie Akteure aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Forschung zusammen.

Das Tagungsprogramm mit dem Anmeldeformular kann unter www.altlasten-bayern.de abgerufen werden. Für weitere Informationen steht die GAB gerne zur Verfügung. Tel.: 089/447785-0, E-Mail: gab@altlasten-bayern.de □

Neue Zeiten, neue Bestattungsformen

Gemeinde Mundelsheim baut Urnengarten

Urnentwände für den Friedhof? Einzelne Urnen-Stelen? Oder Urnenbaumgräber? Gedankenspiele zu pflegeleichten Bestattungsmöglichkeiten gab es viele im Gemeinderat von Mundelsheim. Entschieden hat sich die Gemeinde für den Bau eines Urnengartens mit Urnen-Stelenanlagen und Urnen-Baumgräbern.

Die Ansprüche an Friedhöfe und ihr Erscheinungsbild haben sich in der jüngeren Vergangenheit stark gewandelt. Auf Grund veränderter Lebensumstände und Wertvorstellungen in der Gesellschaft sowie der Tatsache, dass das Friedhofswesen sich mit neuen Konzepten wie beispielsweise Friedwald oder Ruheforst auseinander zu setzen hat, steht dieser unerlässliche Teil der kommunalen Infrastruktur vor immensen Herausforderungen.

Die Ausgangssituation

Der Gemeinderat der 3.200 Einwohner zählenden und idyllisch am Neckar gelegenen Gemeinde Mundelsheim nahe Stuttgart hatte sich in den vergangenen Monaten ausführlich und umfangreich Gedanken über neue und vor allem pflegeleichte Bestattungsformen gemacht. Die sich verändernde Friedhofs- und Bestattungskultur sowie die gesellschaftliche Entwicklung zeigen auch in der sehr heimatverbundenen Bevölkerung von Mundelsheim auf, dass immer weniger Verwandte, Kinder, Geschwister vor Ort sind, die sich um Gräber und deren Pflege kümmern können.

Großes Areal

„Der Wunsch nach pflegeleichten Bestattungsformen hat in unserer Bürgerschaft stark zugenommen“, so Bürgermeister Holger Haist. Die bisher in der Kommune angebotenen Bestattungsmöglichkeiten in Erdgräbern und Urnen-Erdgräbern sollen durch pflegeleichte Urnengrabstätten ergänzt werden. Das systematisch geplante Belegungskonzept gab ein großes Areal her, auf dem ein neues Gräberfeld entstehen soll.

Der Mundelsheimer Gemeinderat hatte sich mehrere Friedhofskonzepte mit den unterschiedlichsten Bestattungsformen von unterschiedlichen Anbietern in der Umgebung angesehen. Den Zuschlag erhielt die Firma Weiher aus Freiburg. Der Spezialist für Friedhofsgesamtkonzepte überzeugte mit seiner Konzeption „Urnengarten“ in Verbindung mit Urnen-Würfelsystem aus Granit.

Gesamtkonzeption „Urnengarten“

Die komplexe Planung basierte auf einer von Weiher erstellten Kurzanalyse des kommunalen Friedhofs, die unter anderem die Bevölkerungsentwicklung, den demografischen Wandel, die Bestattungsstatistik, eine Standortbewertung und Kostenschätzung beinhaltete. Anhand dieser Analyse ließ sich deutlich erkennen, wie stark sich die Anforderungen an den Friedhofsbetreiber in den nächsten Jahren weiter verändern werden.

Bis zum Jahr 2030 wird sich die prognostizierte Bevölkerungszahl in Mundelsheim vom heutigen Stand mit 3154 Einwohnern nur geringfügig um circa 0,5 Prozent auf circa 3170 Bürger erhöhen. Die prognostizierte Entwicklung der Altersstruktur sieht für Mundelsheim eine Veränderung von heute 575 Bürgern in der Altersklasse 65+ bis hin zu über 28 Prozent im Jahre 2030. Im Jahr 2030 werden weit über ein Viertel der Gesamtbevölkerung und damit 890 Bürger älter als 65 Jahre sein. Die Sterbquote erhöht sich von heute circa 0,76 Prozent auf über 1,0 Prozent im Jahre 2030.

Die Bestattungsstatistik seit 2002 zeigt eine starke Tendenz zur Feuerbestattung. Waren Anfang des 20. Jahrhunderts noch 85 Prozent aller Bestattungen Erdbestattungen, wurden in den letzten vier Jahren bereits bis zu fast 40 Prozent aller Bestattungen in Form von einer Urnenbestattung durchgeführt. Die Tendenz zeigt, dass im Jahr 2030 mehr als 50 Prozent Urnenbestattungen erwartet werden.

Die Standortbewertung ermittelte die geeigneten Standorte für die Erstellung der Urnenstelen und die Baumgräber mit integrierten Tonröhren zur Beisetzung der Schmuckurne.

Fazit

Durch die starke Veränderung der Altersstruktur werden in Mundelsheim innerhalb der nächsten 15 Jahre insgesamt circa 430 Bestattungspunkte benötigt. Anhand der Trendentwicklung in der Bestattungskultur müssen hierfür über 200 Urnenbestattungspunkte zeitnah vorgehalten werden.

Die Kostendeckung des Friedhofs in Mundelsheim muss in Zukunft auch über die Urnenbestattungen gesichert werden. Dies kann mit nachhaltigen Systemen mit planbaren Lebenszykluskosten gewährleistet werden.

Die Planung

Ein in mehreren Bauabschnitten zu realisierender Urnengarten wurde geplant. Basierend auf der Kurzanalyse wurde von der Firma Weiher eine 3D-Planung mit den kompletten Bauabschnitten erstellt. Bildmontagen für die Stelenanlagen aus Granit vermittelten den Friedhofsverantwortlichen zudem einen ersten Eindruck. Interessant an den Friedhofskonzepten von Weiher ist, dass sich die Planungen modular umsetzen lassen und sich ausschließlich an der Nachfrage aus der Bürgerschaft orientieren.

96 Nischen

Der Urnengarten in Mundelsheim beinhaltet insgesamt Urnen-Stelenanlagen mit 96 Nischen für 192 Bestattungsmöglichkeiten und Baumgräber mit 30 Urnen-Erdröhren für 60 Bestattungsmöglichkeiten. Am Eingang des Feldes entsteht zudem eine Abschiedsfläche mit Urnenkandelaber zum Abstellen und Aussegnen der Urne vor der Beisetzung.

Die zu überplanende Fläche umfasst circa 25 mal 17 Meter oder 425 Quadratmeter oder 0,5 Hektar, die in drei Bauabschnitten bebaut wird. Trotz suboptimaler und für Sargerdbestattungen nach heutiger Erkenntnis schlecht geeignete Bodenverhältnisse kann aufgrund dieser Planung die Fläche voll genutzt werden und somit zur Kostendeckung auf dem Friedhof Mundelsheim beitragen. Eine zweite Fläche steht nach Abschluss dieser Baumaßnahmen für Erweiterungen zur Verfügung.

Die Umsetzung

Das Projekt „Urnengarten“ in Mundelsheim inklusive der Umfeldgestaltung und Zuwegung wird von der Firma Weiher als Generalunternehmer umgesetzt: Die Friedhofsverantwortlichen bekommen alle Leistungen aus einer Hand bei nur einem Ansprechpartner. Subunternehmer vor Ort werden von der Firma Weiher beauf-



Kriterien wie die Pflegefreiheit der Gräber bekommen eine immer größere Bedeutung. Bild: Paul Wolff

Paul Wolff:

Überirdische Urnenbeisetzung

Kommunen reagieren auf wachsende Nachfrage

Durch die gestiegene Nachfrage an Urnenbeisetzungen geraten kommunale Verwaltungen zunehmend unter Druck, außer der Erdbestattung auch andere Beisetzungsformen anzubieten. Daneben werden Kriterien wie die Pflegefreiheit der Gräber und die Höhe der Friedhofsgebühren immer wichtiger.

Unter den kommunalen Friedhöfen ist inzwischen ein Wettbewerb entbrannt, der vor einigen Jahren noch unbekannt war. „Wenn Städte und Gemeinden den Wunsch nach Alternativen zur Erdbestattung ignorieren, so sehen sich die Bürgerinnen und Bürger eben in den umliegenden Städten um“, betont Ralf-Dieter Reuter, Leiter des Bestattungs- und Friedhofswesens der Stadt Recklinghausen.

Er berichtet aus eigener Erfahrung: Da einige Nachbarorte schon seit längerer Zeit oberirdische Bestattungen angeboten hatten, stieg der Druck auf die Recklinghäuser Stadtverwaltung, hier nachzuziehen und das Angebot entsprechend zu erweitern. Nun verfügt auch die Ruhrgebietsstadt über eine Urnenwandanlage.

Quadratische Steinblöcke

Nach einer Planungs- und Ausschreibungsphase fiel die Entscheidung der Recklinghäuser Friedhofskommission auf das preiswerteste Angebot: Den trägt. Der Bau des Urnengartens im ersten Bauabschnitt hat am 30. Januar 2013 begonnen.

Die Erdarbeiten sind nach Worten des Mundelsheimer Bürgermeisters bereits abgeschlossen, und die ersten Stelenanlagen sollen noch im März aufgebaut werden.

Dienstleister der Bürger

„Unsere Gemeindeverwaltung sieht sich als Dienstleister seiner sehr heimatverbundenen Bürger. Unsere Aufgabe ist, zu erkennen, was unsere Bürger brauchen und wollen“, so Bürgermeister Holger Haist. Mit dem Bau des Urnengartens kann Mundelsheim dem immer häufiger auftretenden Wunsch nach pflegeleichten Grabstätten auch in Zukunft nachkommen. Gleichzeitig bietet das Projekt aber auch die Gewissheit, dass der Friedhof mit seiner im weiten Umkreis bekannten und mit mittelalterlichen Fresken aus dem 15. Jahrhundert bestückten Kilianskirche sein vertrautes „Gesicht“ behalte.

Mit den Baum-Urnenbestattungen wird der Bevölkerung zudem eine attraktive Alternative zu Bestattungsmöglichkeiten in einem Friedwald außerhalb des vertrauten Friedhofs geboten. Das Resümee von Bürgermeister Haist: „Der Urnengarten ist eine schöne und wichtige Erweiterung der Bestattungsformen, wodurch die Bürger noch mehr Auswahlmöglichkeit bekommen.“ www.weiher-gmbh.com

Ein besonderer Ort der Trauer

Memoriam-Gärten: Gärtnerbetreute Grabanlagen als neue Bestattungsform

„Wir erleben oft, dass die Angehörigen ihre verstorbenen Eltern oder Kinder auf dem Friedhof besuchen wollen, aber nicht wissen, wo sie Blumen und andere kleine Gegenstände niederlegen können. Auf der grünen Wiese gibt es keine Grabsteine und keine Namen.“ Stephan Jürgenliemk, Geschäftsführer der TBF Treuhandgesellschaft bayerischer Friedhofsgärtner mbH, weiß: Die Entscheidung für die richtige Bestattungsform fällt vielen schwer. Die Gründe hierfür sind vielseitig: Eltern möchten ihren Kindern nicht zur Last fallen, das Grab soll nicht viel Arbeit machen oder es wird eine besondere, schöne Form gewünscht.

Eine Lösung dafür bieten gärtnerbetreute Grabanlagen wie der Memoriam-Garten. Die wie ein Garten anspruchsvoll gestaltete Grabanlage bietet verschiedene Grabarten. Die Gräber passen sich dabei in ihrer Anordnung natürlichen Formen an, ohne den individuellen Charakter zu verlieren. Jeder Verstorbene wird bei seinem Namen genannt, so dass die Trauernden einen Erinnerungsort haben. Die Vielfalt der Pflanzen, Sitzgelegenheiten und die Harmonie der Gesamtanlage laden ein zu verweilen, sich an den Verstorbenen zu erinnern, zu trauern und zur Ruhe zu kommen. Auch das Mitbringen kleiner persönlicher Geschenke und Trauergaben ist möglich.

Entlastung von der Grabpflege

Vom Tag der Einweihung an ist der Memoriam-Garten fertig bepflanzt, man erwirbt einen Bestattungsort in einer kompletten Grabanlage mit der dazugehörigen Dauergrabpflege zu einem festen Preis und ohne weitere Folgekosten. Gerade diese Entlastung der Angehörigen von allen grabpflegerischen Aufgaben ist ein sehr wichtiger, positiver Aspekt des Memoriam-Gartens. Die gesamte Pflege und kreative

Gestaltung der Anlage übernehmen die Friedhofsgärtner.

„Wir wollen mit dem Memoriam-Garten denjenigen eine Lösung anbieten, die sich nicht um die Grabpflege kümmern wollen oder können, gleichzeitig aber für ihre Gräber nicht die Anonymität und gestalterische Monotonie wie etwa von Rasengräbern wollen“, erläutert Stephan Jürgenliemk und betont die hohe Flexibilität: „Ein Memoriam-Garten lässt sich auf jedem Friedhof anlegen, sei er noch so klein.“ Den anschaulichen Beweis dafür liefern inzwischen viele Memoriam-Gärten in ganz Deutschland, auch zu sehen im Internet unter www.memoriam-garten.de.

Leistungspaket

In dieser speziellen Form einer gärtnerbetreuten Anlage sind unterschiedliche Bestattungsformen möglich. Vom Partnergrab über das traditionelle Sarggrab bis hin zum Urnengrab können die Bestattungspunkte ausgewählt werden. Die Dauergrabpflege durch den Friedhofsgärtner ist in dem Leistungspaket immer enthalten. Das Konzept des Memoriam-Gartens, welches als Marke urheberrechtlich geschützt ist, erhielt 2009 den „Deutschen Innovationspreis Gartenbau“ des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. □



Der Memoriam-Garten bietet viele Möglichkeiten der Grabgestaltung. Foto: Bund deutscher Friedhofsgärtner

Urnentwände ... für eine kleine Ewigkeit



Die ganz große Vielfalt an Urnentwänden und sinnvollem, innovativem Zubehör im aktuellen PAUL WOLFF-Katalog.

Jetzt Ihr persönliches Exemplar sichern. Wir informieren Sie gerne!

Telefon (0 21 61) 9 30 - 3
Telefax (0 21 61) 9 30 - 5 99
info@paulwolff.de

www.paulwolff.de

PAUL WOLFF
Steinschrank. Manufaktur.

Ein Forschungsprojekt für mehr Sicherheit bei Großveranstaltungen:

Münchener Feuerwehr engagiert sich für Kommunen

Das bundesweit und interdisziplinär angelegte Forschungsprojekt „BaSiGo - Bausteine für die Sicherheit von Großveranstaltungen“ wird unter den Förderkennzeichen 13N12043 – 13N12053 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert und ist für den Zeitraum März 2012 bis Februar 2015 ausgelegt. Die Branddirektion München engagiert sich in diesem Projekt aufgrund der Erfahrung aus mehr als 2.000 jährlich in München stattfindenden Veranstaltungen, deren Höhepunkt jedes Jahr das Oktoberfest mit täglich bis zu 600.000 Besuchern bildet.

Das Projekt ist Teil des Sicherheitsforschungsprogramms der Bundesregierung und zielt vor dem Hintergrund der Ereignisse bei der Loveparade 2010 in Duisburg auf die Verbesserung der Sicherheit bei Großveranstaltungen ab. Ziel des Projektes BaSiGo ist es, praktische und wissenschaftliche Erkenntnisse zusammenzuführen und ein modulares und ganzheitliches Konzept zur Pla-

nung und Durchführung von Veranstaltungen zu entwickeln. Im Fokus steht hierbei insbesondere die Umsetzbarkeit und Anwendbarkeit der Ergebnisse, auch und gerade auf kommunaler Ebene.

Teilnehmer

Die Teilnehmer von BaSiGo setzen sich daher heterogen aus verschiedenen Disziplinen zusam-

men: In der Praxis erfahrene Akteure des Veranstaltungsmanagements sowie der Veranstaltungsgenehmigung und der Gefahrenabwehr sowie Forschungseinrichtungen, deren Schwerpunkt die theoretischen Grundlagen des menschlichen Verhaltens und Techniken der Personenstromanalyse sind.

Partner von BaSiGo

Neben der Berufsfeuerwehr München sind folgende Partner an dem Projekt BaSiGo beteiligt:

- die Bergische Universität Wuppertal,
- die Deutsche Hochschule der Polizei,
- die Universität Siegen,
- die Berliner Feuerwehr,
- das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK); Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ),
- das Forschungszentrum Jülich,
- die Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes (vfd b e. V.),
- IST GmbH (Unternehmen der Datenverarbeitung und Softwareentwicklung)
- pvtv AG (Unternehmen der Simulationstechnik und Softwareentwicklung).

Das Ergebnis von BaSiGo werden die sogenannten BaSiGo-Lösungen sein:

- „BaSiGo-Guide“ - ein modular aufgebautes Baukastensystem, aus

dem für entsprechende Veranstaltungen Informationen wie Merkblätter entnommen werden können

- „BaSiGo-Support-System“ - ein interaktives und anwenderbezogenes IT-System, mit dessen Hilfe beispielsweise Sicherheitskonzepte erstellt werden können
- „BaSiGo-Simulation“ - ein Simulationsprogramm für sicherheitsrelevante Personen- und Verkehrsflüsse
- „BaSiGo-Training“ - ein individuelles Trainingsprogramm für die beteiligten Akteure aller Veranstaltungsphasen.

Um praktische Beispiele für die BaSiGo-Lösungen finden und analysieren zu können, werden im Rahmen des Projektes drei Feldbeobachtungen durchgeführt: auf der Anna-Kirmes in Dürren, während einer Sportveranstaltung sowie einem Musikfestival.

Hilfestellungen

Die Genehmigung und Durchführung von Großveranstaltungen aus Sicht kleiner Kommunen mit weniger als 5.000 Einwohnern bildet für die Branddirektion einen Schwerpunkt ihrer Beteiligung an BaSiGo. Diese Kommunen sind prägend für den Freistaat Bayern und sollen bei der Planung von Großveranstaltungen durch die Hilfestellungen von BaSiGo entlastet werden.

Daneben stellen die Ausbildung und die Rollenklärung zwischen den an einer Veranstaltung beteiligten Akteuren wie zum Beispiel der Kommune und dem Veranstalter sowie deren Dienstleistern, weitere Schwerpunkte der Arbeit der Branddirektion München im Projekt dar.

Weitere Informationen unter:

www.basigo.de

Veranstaltungshinweis

Am 4. Juni findet in Augsburg die ZVEI-Regionalkonferenz „Kommunale Beleuchtung: Qualität, Vergabe, Finanzierung“ im Haus St. Ulrich statt.

Experten werden technische Möglichkeiten und Auswahlkriterien darlegen, vertieft um rechtliche Fragen der Beschaffung sowie der Vergabe. Praxisbeispiele von Kommunen der Region werden aufzeigen, wie Projekte zur kommunalen Innen- und Außenbeleuchtung erfolgreich geplant und umgesetzt werden können. Außerdem gibt es Finanzierungstipps zur Modernisierung der kommunalen Beleuchtung.

Die Teilnahme ist kostenlos.

Anmeldungen können bei Congress und Presse per E-Mail: cgressundpresse@t-online.de vorgenommen werden. □

Landkreis Passau:

Katastrophenschutzzentrum eingeweiht

Nach der Ablösung der Feuerwehralarmierung von der Alarm- und Einsatzzentrale hin zur Integrierten Leitstelle wird für den Landkreis Passau die Führung im Katastrophenschutz neu strukturiert. Im Zuge dieser Reform wurden im Landratsamt Passau ein Katastrophenschutzzentrum sowie eine Kreis-einsatzzentrale geschaffen.

Bei der Einweihung des Zentrums wies Passaus Landrat Franz Meyer darauf hin, dass die Rettungs- und Einsatzkräfte heute höchsten Anforderungen gerecht werden müssten. „Wer in einer so großen Verantwortung steht, braucht dafür auch das optimale Werkzeug.“

Für effektivere Einsätze

Das neue Katastrophenschutzzentrum sei ein solches Werkzeug, das Einsätze noch schneller und noch effektiver macht. Nach Einführung der landkreisübergreifenden Integrierten Leitstellen, die im Landkreis Passau die Alarmzentrale im Landratsamt ersetzen und nun über die zentrale Notrufnummer 112 zu erreichen sind, habe sich eine neue, wichtige Aufgabenstellung ergeben, so Meyer: „Bei großflächigen Schadensereignissen wie etwa Un-

wetter darf die Integrierte Leitstelle nicht durch die Koordination zahlreicher Einzelsätze blockiert werden. Oder anders gesagt: Die 112 muss immer frei bleiben.“

Lob vom Landrat

Diesen oft kleinteiligen Koordinierungsaufwand übernehme nun die Kreiseinsatzzentrale – „und das mit ehrenamtlichen Kräften unserer Feuerwehren“, betonte der Landkreischef. Hierzu habe man vorhandene Räume im Landratsamt entsprechend neu ausgestattet und verfüge damit auch für den Katastrophenfall über ein stets betriebsbereites Zentrum.

All das dient Meyer zufolge einem Zweck: „Die Menschen in unserem Landkreis auch künftig optimal zu schützen und im Ernstfall so effektiv als möglich handeln zu können.“ DK

bauma Innovationspreis in München:

Windradbau von Max Bögl

Dass die bauma der internationale Dreh- und Angelpunkt für zukunftsweisende Entwicklungen der Bau-, Baustoff- und Bergbaumaschinenbranche ist, zeigte einmal mehr die Verleihung des bauma Innovationspreises in München. Von 156 Wettbewerbsanträgen aus dem In- und Ausland hatten es 15 Weltneuheiten in die Endauscheidung geschafft.

Alle drei Jahre zeichnen der VDMA, die bauma und die Spitzenverbände der Deutschen Bauwirtschaft zukunftsweisende Entwicklungen aus. Die Sieger-Innovationen in den fünf Kategorien sind:

- „Pipe Express“ von Herrenknecht in der Kategorie „Maschine“
- „AutoPilot Field Rover“ von Wirtgen in der Kategorie „Komponente“
- „Gezeitenturbine-Monopflanz“ von Bauer Spezialtiefbau und „Windradbau mit Turmdrehkran“ von Max Bögl in der Kategorie „Bauverfahren/Bauwerk“
- „Online Grain Size Analyzer“ der Technischen Universität Clausthal in der Kategorie „Forschung“
- „Schreit-Mobilbagger2013“ der Kaiser AG Fahrzeugwerk in der Kategorie „Design“.

Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit

Nach Auffassung der Laudatoren erfüllen diese sechs Sieger-Innovationen in besonderer Maße die Kriterien, nach denen die hochkarätige Fachjury die Bewerbungen beurteilt hatte: eine besondere Zukunftsfähigkeit, praktische Anwendbarkeit, Beitrag zum Umweltschutz und zur Humanisierung der Arbeitswelt sowie Wirt-

schaftlichkeit und Leistungsfähigkeit mit gleichzeitiger Energie- und Kosteneffizienz.

Beitrag zum Umweltschutz

So hat die Max Bögl Baunternehmung (Neumarkt) mit dem Projekt „Windradbau mit Turmdrehkran“ einen bedeutenden Beitrag zum weiteren Ausbau der regenerativen Energiegewinnung und zum Umweltschutz geleistet.

Mit dem Verfahren, das Bögl zusammen mit dem Baumaschinenhersteller Liebherr entwickelt hat, können Windkrafttrader mit einer Nabenhöhe von bis zu 150 Meter nicht nur schnell errichtet, sondern auch schnell wieder zurückgebaut werden - und das bei Windgeschwindigkeiten bis zu 20 m/s und mit einem auf ein Minimum reduzierten Eingriff in die Natur.

Turmdrehkran

Schwere Raupenkrane werden nicht mehr benötigt. Die Arbeit übernimmt ein selbstkletternder Turmdrehkran. Gegenüber herkömmlichen Methoden reduziert sich der Platzbedarf auf fast ein Drittel. Der Turmdrehkran kann per Lastwagen transportiert werden, Schwertransporte sind nicht mehr nötig. DK

Bayerischer Katastrophenschutz-Kongress in Weiden:

Blick über den Tellerrand

„Katastrophen kennen keine Grenzen“: Unter diesem Motto fand in Weiden der 8. Bayerische Katastrophenschutz-Kongress mit 4. Fachkongress Rettungsdienst statt. 700 Teilnehmer aus Deutschland, Tschechien, Österreich und der Schweiz diskutierten in der Max-Reger-Halle Herausforderungen für die Helfer.

Bei dem dreitägigen Kongress ging es um die neuen Herausforderungen, denen sich der Katastrophenschutz stellen muss. Dazu zählen grenzüberschreitende Krisen- und Großereignisse, Energieschwankungen, große Stromausfälle sowie die Werbung um den ehrenamtlichen Nachwuchs.

EU-Mechanismen

Wie BRK-Landesgeschäftsführer Leonhard Stärk hervorhob, sollen bei Großereignissen künftig EU-Mechanismen greifen, die derzeit entwickelt werden, aber noch nicht ganz ausgereift seien. Hürden sind Stärk zufolge die Bezeichnungen, die Anerkennung von Qualifikationen und die verschiedenen Strukturen der Einsatzkräfte in den einzelnen Ländern. Durch den Wegfall der Wehrpflicht und der Zivildienstleistenden erwartet Stärk eine sinkende Zahl von Ehrenamtlichen in den kommenden Jahren. Deshalb arbeiten die obersten Katastrophenschutzler derzeit ein Projekt zur Nachwuchsgewinnung aus.

Hohe Ehrenamtsquote

Laut Innenminister Joachim Herrmann sind bayernweit rund 470.000 Frauen und Männer rund um die Uhr zur Stelle, wenn es darum geht, Menschenleben zu retten sowie Natur und Sachwerte zu schützen. Von diesen Einsatzkräften bei Feuerwehren, Hilfsorganisationen und THW engagierten sich 450.000 ehrenamtlich. „Kein anderes Land der Bundesrepublik kann eine ähnlich hohe Ehrenamtsquote vorweisen. Kein anderes Land hat eine so aktive Bürgergesellschaft wie wir“, so Herrmann. Die Staatsregierung setze deshalb alles daran, dieses enorme Einsatzpotential zu erhalten und noch weiter auszubauen.

Investitions- und Beschaffungsprogramm

Die Bayerische Staatsregierung greift nach Herrmanns Worten den Einsatzorganisationen auf vielfältige Weise unter die Arme: „So unterstützen wir beispielsweise die Gemeinden

und Landkreise beim Erwerb von Feuerwehrfahrzeugen und bei der Errichtung von Feuerwehrgerätehäusern. In den letzten zehn Jahren haben wir dafür in Bayern weit über 300 Millionen Euro eingesetzt. Beginnend mit dem Doppelhaushalt 2009/2010 haben wir darüber hinaus auch ein bayerisches Investitions- und Beschaffungsprogramm für den Katastrophenschutz aufgelegt. Damit finanzieren wir unter anderem Einsatzfahrzeuge und wichtige Ausrüstungsgegenstände für freiwillige Hilfsorganisationen und Feuerwehren.“

Motivation stärken

Entscheidend sei aber auch, die Einsatzbereitschaft der Einsatzorganisationen und deren Motivation zu stärken: So sei in Berlin dank hartnäckigen bayerischen Drängens erreicht worden, dass sich die besondere Fahrberechtigung für freiwillige Helfer inzwischen auf Einsatzfahrzeuge bis zu 7,5 Tonnen und auf Gespanne erstreckt. Um die Bedeutung des Ehrenamts noch deutlicher zu würdigen, könnten darüber hinaus inzwischen all jene die Auszeichnung mit dem staatlichen Ehrenzeichen erhalten, die ehrenamtlich bei im Rettungsdienst mitwirkenden freiwilligen Hilfsorganisationen sowie beim DLRG und THW tätig sind.

Zahl konstant halten

Kernaufgabe der kommenden Jahre wird es nach den Ausführungen des Ministers sein, die Zahl der Feuerwehrleute und der Helferinnen und Helfer in den freiwilligen Hilfsorganisationen und beim THW trotz des demographischen und gesellschaftlichen Wandels konstant zu halten. Die Staatsregierung unterstütze deshalb beispielsweise die laufende dreijährige Kampagne des Landesfeuerwehrverbandes zur Nachwuchsgewinnung bei den Freiwilligen Feuerwehren mit über 800.000 Euro.

Auch bei den freiwilligen Hilfsorganisationen habe er, Herrmann, inzwischen ange-regt, Konzepte zur Förderung der Nachwuchsgewinnung zu



Jährlich finden in München mehr als 2.000 Veranstaltungen statt. Höhepunkt ist das Oktoberfest mit täglich bis zu 600.000 Besuchern. Foto: Thorsten Naeser, München Tourismus

entwickeln und seinem Haus vorzulegen. Zudem sei kürzlich ein Ideenwettbewerb zu der Frage gestartet worden, wie sich neue Mitglieder für das sicherheitsrelevante Ehrenamt gewinnen lassen. „Wir wollen verstärkt auch Kinder und Jugendliche, Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund dazu motivieren, sich hier mit einzubringen. Denn es ist klar: Für unsere Sicherheit brauchen wir jede Hand!“

Zügige Umsetzung

Mit Blick auf die Gleichstellung der ehrenamtlichen Retter im Bayerischen Roten Kreuz und anderen Durchführenden des Rettungsdienstes erklärte Herrmann: „Anders als die Feuerwehren und das THW hatten die ehrenamtlichen Einsatzkräfte im Rettungsdienst bislang einen Anspruch auf Freistellung durch ihren Arbeitgeber und auf Lohnfortzahlung nur im Katastrophenfall. Das haben wir nun geändert. Wir nahmen die Retterfreistellung ebenfalls in das Gesetz zur Änderung des Bayerischen Rettungsdienstgesetzes auf, das seit 1. April in Kraft ist. Einer zügigen Umsetzung steht nun nichts mehr im Wege.“

Unternehmertag der Bayerischen Bauindustrie in Hersbruck:

Präsident Bauer moniert aufgestauten Baubedarf

„Die längerfristige Entwicklung der Bauwirtschaft sehe ich positiv. Der wichtigste Grund dafür ist der über Jahrzehnte aufgestaute Baubedarf: Wir haben zu lange zu wenig gebaut“, erklärte Prof. Thomas Bauer, Präsident des Bayerischen Bauindustrieverbandes, beim Unternehmertag der Bayerischen Bauindustrie in Hersbruck.

Dieser Verstoß gegen das Nachhaltigkeitsgebot, gegen die Verantwortung für unsere Zukunft und die unserer Kinder und Enkel könne so nicht mehr weitergehen, so Bauer. Dabei seien insbesondere die öffentlichen Haushalte gefordert: „Wir brauchen 7 Mrd. Euro pro Jahr mehr für die Verkehrssatz bei Bund, Ländern und Kommunen in Deutschland, um die Verkehrsinfrastruktur vernünftig ausbauen zu können.“

Dabei dürfe man nicht nur in Einzelmaßnahmen denken: „Wir

müssen unsere Verkehrsinfrastruktur stärker systemisch, gesamtheitlich betrachten und fortentwickeln.“ Für das bayerische Fernstraßennetz bedeute das, künftig den Verkehr mehr von der Landeshauptstadt München fernzuhalten, indem die Bundesstraßen in Bayern zu leistungsfähigen Querverbindungen der Autobahnen ausgebaut werden.

Dafür sei hauptsächlich der Bund gefordert. „Wir müssen daher mit weit größerem Nachdruck mehr Bundesmittel für Bayern

einfordern. Gemessen an der Fläche Bayerns, an der Bevölkerungszahl und unserer Wirtschaftsleistung ist der bayerische Anteil viel zu niedrig. Der Aufbau der Verkehrsinfrastruktur in Ostdeutschland ist abgeschlossen, jetzt müssen auch wieder die „alten“ Bundesländer und insbesondere der Flächenstaat Bayern einen gerechten Anteil an den Bundesmitteln bekommen.“

B-Modell

Zusätzlich zu den Mitteln aus den öffentlichen Haushalten müsse künftig auch mehr Privatkapital für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, auch für das Schienennetz verwendet werden. Die Bayerische Bauindustrie habe dafür das mittlerweile gut bekannte B-Modell (Bahnbaufinanzierungsmodell) entwickelt, das auch einen Infrastruktur-Finanzierungsanleihe enthält. „Mit dieser in Deutschland neuartigen Infrastruktur-Finanzierungsanleihe schaffen wir eine langfristig sichere Anlageform, an der sich jeder beteiligen kann. Mit diesen Fondsanteilen kann man vor allem gut für die Rente ansparen“, erläuterte Bauer.

In anderen Ländern und auch historisch sind solche Finanzierungsformen gang und gäbe. Den Suezkanal und den Panamakanal konnte man nur so bauen, so Bauer. „Der Staat profitiert massiv von solchen Projekten, er nimmt mehr Steuern ein. Deshalb kann man von ihm auch fordern, dass er solche Projekte finanziell fördert. Sie bringen Wachstum und Wohlstand.“

„Der größte Vorteil unseres B-Modells ist, dass wir damit massiv Zeit einkaufen.“ Der Streckenaus-

bau kann optimal bauindustriell geplant und durchgeführt werden. Nicht stückweise, wie herkömmlich, mit dem immer drohenden Risiko, dass die nächste Jahresrate im Bundeshaushalt nicht bereitgestellt wird. „Wir schaffen es damit um Jahrzehnte früher als mit öffentlichen Mitteln. Davon profitieren alle.“

Zur vielfach diskutierten Vermögenssteuer bemerkte Prof. Bauer: „Das Gespenst Vermögenssteuer taucht immer wieder in immer neuen Verpackungen auf, zuletzt verbunden mit einem guten Zweck: mehr Bildung oder um die Folgen der Finanzkrise zu bewältigen.“ Verführerisch sei an der Vermögenssteuer, dass sie wegen ihrer geringen Steuersätze harmlos daherzukommen scheint. Aber: 1 Prozent Vermögenssteuer bedeutet bei 2 Prozent Ertrag nach Steuer eine Belastung von 50 Prozent des Ertrages. Wenn ein Unternehmen Verluste macht, müsse diese Substanzsteuer dennoch bezahlt werden.

Mehr Beteiligung und Transparenz

Abschließend ging Bauer auf die kritische Einstellung erheblicher Teile der Bevölkerung gegenüber großen Infrastrukturvorhaben ein und kritisierte eine gewisse Widersprüchlichkeit. Viele seien zwar für Erneuerbare Energien, aber gegen Stromleitungen, ebenso für die Bahn, aber gegen Bahnhöfe und Schienestrecken. „Diese Skepsis kann nur dann überwunden werden, wenn wir die Bevölkerung besser mitnehmen. Durch mehr Beteiligung, mehr Transparenz und mit neuen Methoden des Miteinanders wie Partneringmodellen, die in vielen modernen Ländern bereits üblich sind.“

„Mehr Menschen aus Politik, Wirtschaft und der Öffentlichkeit müssen sich wieder persönlich zu großen Infrastrukturprojekten bekennen“, forderte Bauer. □



Dipl.-Ing. Josef Geiger, Oberstdorf, ist von der Mitgliederversammlung des Bayerischen Bauindustrieverbandes in Nürnberg zum neuen Präsidenten des Bayerischen Bauindustrieverbandes gewählt worden. Der 52-jährige geschäftsführende Gesellschafter der Wilhelm Geiger GmbH & Co. KG in Oberstdorf tritt damit die Nachfolge von Prof. Dipl.-Kfm. Thomas Bauer, Schrobenuhausen, an, der nach 16 Jahren nicht mehr für das Präsidentenamt kandidierte. Die Unternehmensgruppe Geiger ist ein mittelständisches Familienunternehmen aus dem Allgäu, das breit aufgestellt erfolgreich tätig ist. Die Geschäftsfelder umfassen u. a. Bauwerksanierung, Entsorgung und Recycling, Kanaltechnik, Umweltsanierung, Verkehrswegebau, Hochbau und Schlüsselfertigbau. Dipl.-Ing. Josef Geiger engagiert sich seit Jahrzehnten ehrenamtlich im Bayerischen Bauindustrieverband. Seit 2001 ist er Mitglied des Vorstandes, 2007 wurde er zum Vizepräsidenten des Verbandes bestimmt. □

Flexibler Pfostenfuß für Verkehrszeichen:

Überzeugende Innovation

Der Schilderwald in den Ortszentren und auf Parkplätzen wird eine immer größere Herausforderung für die Gemeinden und Autofahrer. Täglich werden durch sogenannte Parkrempler unzählige Verkehrszeichen und Begrenzungspfosten beschädigt und müssen teuer und aufwendig repariert werden. Die Instandsetzung verschlingt jährlich Unsummen und ist eine Belastung für die Haushalte der Gemeinden.

Viele Autofahrer haben es leider schon mal erlebt. Beim Ein- oder Ausparken wird aus Unvorsichtigkeit ein Verkehrszeichen oder ein Begrenzungspfosten übersehen

nicht ermittelt werden kann. In diesem Fall bleibt die Allgemeinheit auf den Kosten sitzen.

Die umgeknickten Verkehrsschilder beeinträchtigen das Stadt-



Verkehrsschild mit integriertem, flexiblem Pfostenfuß. □

und schon ist der Schaden passiert. Nicht nur das geliebte Auto muss dann oft teuer repariert werden, sondern auch die Verkehrsbeschilderung. Gerade die halbhohen Pfosten zur Verkehrsberuhigung in Innenstädten, bei Parkplätzen, bei Bus- und Bahnhöfen sowie bei Flughäfen sind gefährdet.

Besonders ärgerlich ist es für Gemeinden, wenn der Autofahrer den Unfall nicht meldet und auch

bild und stellen ein Sicherheitsrisiko für die Verkehrsteilnehmer dar. Die Reparatur sollte deshalb möglichst rasch erfolgen.

Die Lösung ist der integrierbare flexible Pfostenfuß für Verkehrszeichen und Begrenzungspfosten. Das innovative System wird einfach und schnell in bereits bestehende oder neue Verkehrsschilder eingesetzt. Bei einem sogenannten Parkrempler gibt der Rohrfosten nach, kippt

am Einspannpunkt zur Seite und kehrt nach Entlastung wieder in die ursprüngliche Lage zurück. Möglich wird das durch eine starke und optimierte Tellerfeder, die elastisch ist und dennoch den Vorschriften bezüglich der Steifigkeit von Verkehrsschildern entspricht.

Durch den Einsatz des flexiblen Pfostenfuß werden in erster Linie teure Reparaturarbeiten beschädigter Verkehrsschilder, verursacht durch Parkrempler, reduziert bzw. eliminiert. Auch die Autofahrer profitieren von dem System, da durch die Elastizität des Verkehrszeichens der Schaden an den Fahrzeugen deutlich geringer ausfällt und meist nur oberflächlich ist.

Vor allem an neuralgischen Stellen, also Standorten an denen Verkehrsteilnehmer besonders häufig an Verkehrsschilder, Absperrpfosten oder Poller anfahren und einen Reparaturaufwand von Seiten der Kommune notwendig machen, bietet sich der Einbau des Systems an. Den Bauhöfen sind diese besonders gefährdeten Verkehrsschilder meist bekannt, da sie mehrmals im Jahr angefahren werden und erhebliche Kosten verursachen.

Bei der Herstellung des Systems steht die Qualität im Mittelpunkt. Die Feder ist hochwertig und wird durch eine Stahlhülse geschützt. Die Verbindungsstücke werden am Rohrfosten eingespannt und über ein Gewinde mit der Feder

verbunden. Die Stahlteile sind verzinkt um eine lange Lebensdauer des Systems zu gewährleisten.

AUGUSTAFLEX ist ein innovatives und hochwertiges Produkt, das nach der 12899-1 lt. TLVZ getestet und CE zertifiziert ist.

Wie der Einbau des Systems kann auch die Demontage des Verkehrszeichens oder Begrenzungspfostens mit wenigen Handgriffen erfolgen. So kann das Verkehrsschild oder der Begrenzungspfosten bei Bedarf blitzschnell entfernt werden, um Platz für Rettungsfahrzeuge, Sondertransporte, Märkte oder Veranstaltungen zu schaffen. Wird das Verkehrszeichen oder der Begrenzungspfosten für längere Zeit nicht benötigt, kann das Verbindungsstück am Boden mit einer Abdeckung geschützt werden.

Bei der Erstanlage des Systems erfolgt eine Einweisung durch das Unternehmen Crescendi GmbH mit seinen Mitarbeitern. Auch nach dem Kauf steht der Service und Support den Kunden tatkräftig zur Seite und bemüht sich um eine professionelle Betreuung in allen Angelegenheiten.

Künftig entfallen Kosten für die aufwendige Reparatur von Schäden bzw. sie entstehen durch den federnen Einsatz des Systems gar nicht mehr. Der Preis wird viele positiv überraschen, da die Anschaffung sich zumeist innerhalb eines Jahres amortisiert. □



Die Teilnehmerinnen des Girls' Days (1. Reihe v. l. Sarah Stimpfle, Emilia Gößler, Angela Geiler, Alexandra Sinhart, Selina Thoma, Michelle Hansen) mit Mitarbeiterinnen der Max Aicher Umwelt (2. Reihe v. l. Susan Gößler, Sabrina Detzer) und Anlagenleiter Roland Seeler vor dem Radlader, mit dem jedes Mädchen fahren durfte. □

Girls' Day 2013 bei Max Aicher Umwelt

Unter dem Motto „Baggern – das können auch Mädchen!“ lud Max Aicher Umwelt sechs Mädchen zum diesjährigen Girls' Day am Standort Meitingen ein. Am Girls' Day erhalten Mädchen einen Einblick in Berufsfelder, die klassischerweise eher von Jungen gewählt werden. Anhand von praktischen Beispielen wird den Mädchen jedes Jahr in einer deutschlandweiten Aktion in Betrieben vor Ort gezeigt, wie spannend technische Ausbildungsberufe und Studiengänge (nicht nur für Jungs) sein können.

Die Mädchen der 7.-9. Klasse aus umliegenden Schulen bekamen einen Einblick in die tägliche Arbeit auf der Aufbereitungsanlage für Elektroofenschlacke bei Max Aicher Umwelt. Hierzu zählt wissenschaftliches Arbeiten, Umgang mit Technik und natürlich auch mit großen Maschinen. All dies konnte während einer ausführlichen Führung über die Schlackenaufbereitungsanlage durch Roland Seeler (Anlagenleiter in Meitingen) sowie die Besichtigung des Schlackenbeets der Lech-Stahlwerke erkundet werden.

Aber auch selbst aktiv sein stand auf dem Programm: unter Anleitung eines Mitarbeiters durfte jede Teilnehmerin einmal einen Radlader steuern. Für diejenige, die am meisten Schlacke in eine Schaufel laden konnte, gab es zum

Abschluss einen Miniaturbagger als Erinnerungsgeschenk. Zusätzlich erforderte das Erstellen einer Sieblinie genaues Arbeiten und ermöglichte es den Teilnehmerinnen, den Rohstoff für den guteüberwachten Ersatzbaustoff EloMinit® genauer unter die Lupe zu nehmen.

Außerdem konnten die Mädchen am Girls' Day Frauen kennenlernen, die selbst in klassischen „Männerberufen“ tätig sind. Dipl.-Ing. Susanne Pollter, Bereichsleiterin für Reststoffverwertung bei Max Aicher Umwelt, berichtete von ihren Erfahrungen im Studium sowie der Zusammenarbeit mit Kollegen in einer Branche, die nach wie vor von Männern dominiert ist. Sie machte den Mädchen Mut, auch technische Berufe in ihrer Berufs- oder Studiumwahl zu berücksichtigen. □

Crescendi GmbH

Vilpianerstrasse Nr. 30
39010 Nals – Südtirol
T +49 157 77324584
T +39 0471 678 846
F +39 0471 678 128

contact@crescendi.it
www.kippstange.com

CRESCENDI
[contract]



* EloMinit (güteüberwacht) - ideal für den Straßenbau als Frostschutz- und Schottertragschicht



umwelt@max-aicher.de
www.max-aicher-umwelt.de

Freiwillige Feuerwehr in Unterfranken:

Fehlender Nachwuchs

Die Zahl der Aktiven sinkt kontinuierlich

Würzburg. Wer das Rentenalter erreicht hat, scheidet aus dem aktiven Dienst der Freiwilligen Feuerwehr aus. Weil nicht genug Jugendliche nachkommen, sinken die Mitgliederzahlen bei den Wehren kontinuierlich. „In Unterfranken reduzieren sie sich jährlich um 250 bis 300“, bestätigt Heinz Geißler, Vorsitzender des unterfränkischen Feuerwehrverbands. Der Kreisbrandwart wünscht sich Hauptamtliche, die sich in den einzelnen Landkreisen der Region aktiv um Nachwuchswerbung kümmern.

Auch das bayerische Innenministerium sieht eine Kernaufgabe der nächsten Jahre darin, die Zahl der Feuerwehrleute trotz Geburtenrückgang konstant zu halten. Im September 2012 startete Innenminister Joachim Herrmann deshalb eine Jugendkampagne, die bis Herbst dieses Jahres laufen soll. Geißler begrüßt die Initiative, wengleich er bisher noch keinen Effekt feststellen kann. Warum es zusätzlich Hauptamtliche zur Jugendwerbung bräuchte, will er in Kürze bei der Versammlung seines Bezirksverbands darlegen. „Unsere Jugendwarte arbeiten tagsüber, sie haben zum Beispiel keine Zeit, in die Schulen zu gehen und dort für die Feuerwehr zu werben“, erläutert er.

Mehr Sicherheit

Damit nicht allein die Staatskasse belastet wird, sollen die Landkreise und Gemeinden die Jugendbetreuer mit finanzieren. Im Gegenzug bekämen sie eine kostenlose Jugendarbeit und, noch wichtiger, mehr Sicherheit. Die derzeit

Garching und Eching:

Übernahme ehemaliger Militärflächen

Im Rathaus von Garching unterzeichneten kürzlich die Kommunen Garching und Eching, der Heideflächenverein, der Freistaat Bayern, das Bundesumweltministerium (BMU) und die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) eine Übertragungsvereinbarung für die zukünftige Naturschutzfläche Mallertshofer Holz. Damit kommen schwierige Vertragsverhandlungen zu einem positiven Abschluss.

Bereits 2008 hatten die Verhandlungen um die Aufnahme der rund 430 Hektar umfassenden Bundesliegenschaften in das Nationale Naturerbe begonnen. „Nach langwierigen und teilweise sehr intensiven Diskussionen zwischen den Vertragspartnern haben wir heute unser Ziel erreicht, und das Mallertshofer Holz an die Kommunen übergeben“, freute sich Axel Kunze, Vorstandsmitglied der BImA. Mit dem Projekt Nationales Naturerbe werden seit 2006 nach und nach 125.000 Hektar repräsentativer Naturschutzflächen aus dem Besitz des Bundes an unterschiedliche Träger des Naturschutzes übertragen.

Auf Vorschlag Bayerns

Für das Mallertshofer Holz hatte der Freistaat Bayern selbst die Stadt Garching und die Gemeinde Eching als Flächenempfänger vorgeschlagen – als Garanten für eine langfristige Umsetzung von Naturschutzzielen. „Wir haben 100

Haarfläche in unser Ökokonto bekommen, die wir 1:1 als Ausgleichsfläche nehmen dürfen, wenn wir 10 ha davon in Heide Landschaft umwandeln“, erklärte Garchings Erste Bürgermeisterin Hannelore Gabor. „Das ist für eine prosperierende Klimaschutzkommune wie die Universitätsstadt Garching ein großer Erfolg, um trotzdem auch vorhandene nutzbare landwirtschaftliche Flächen zu erhalten.“

Tragende Säule

Laut Staatsminister Joachim Herrmann sind Freiwillige Feuerwehrleute „eine tragende Säule für die Sicherheit in unserem Land“. Das sieht Kreisbrandrat Geißler ebenso. Wobei er darauf hinweist, dass der ehrenamtliche Dienst psychisch immer anstrengender wird.

So sei nicht zu verkennen, dass Unfälle heute gravierender sind als früher, meint der Feuerwehrmann. Oft würden die Feuerwehrleute vor Ort mit grausamen Bildern von Toten und Verletzten konfrontiert. Ach körperlich sei der Dienst stressiger: „Wir müssen zum Bei-

spiel vermehrt Atemschutz tragen.“

Denn immer mehr Elemente in einem brennenden Haus seien aus Kunststoff und verbreiteten giftige Dämpfe. Jugendliche sollen allerdings der Feuerwehr beitreten, ohne von vornherein hiermit belastet zu werden. Es soll zunächst einfach Spaß machen, sich einmal in der Woche zu treffen, Übungen zu absolvieren und „Action“ zu erleben. Dass die abendlichen Zusammenkünfte im Feuerwehrgerätehaus Spaß machen, bestätigt der 16 Jahre alte Raphael Wirth. Seit sechs Jahren ist der junge Mann bei der Jugendfeuerwehr im Würzburger Stadtteil Versbach engagiert. Eigentlich war er bei seinem Eintritt noch zu jung, um reguläres Mitglied zu sein, denn das geht erst ab 12 Jahren: „Wir haben in Versbach mit den ‚Löschi‘ jedoch eine Kindergruppe.“ Das haben nicht viele Wehren. Doch nur dadurch, hat man in Versbach erkannt, kann man den Nachwuchs frühzeitig für die Feuerwehr begeistern – bevor die anderen Vereine die Kids „abgreifen“.

Übungen und Wettbewerbe

Wie sie die Feuerwehr für Jugendliche attraktiv machen können, das lernen Jugendwarte bei ihren Schulungen. Laut Jugendwart Andreas Weinberger von der Versbacher Feuerwehr geht es bei den Kursen zunächst zwar um so wichtige Themen wie Erste Hilfe und Umgang in Notsituationen. Aber eben nicht nur.

Schulische Hindernisse

Durch spannende Übungen und Wettbewerbe sollen Jugendliche bei der Stange gehalten werden. Auch das wird den Jugendwarten nahegebracht. „Wir in Versbach organisiert zum Beispiel erst kürzlich wieder den Wettbewerb ‚Jugendflamme‘“, so Weinberger. Wer das begehrte Abzeichen ergattern wollte, musste bei diesem Test einen Notruf korrekt absetzen, bestimmte Knoten schlingen und Hydranten auffinden.

Mancher Jugendlicher wäre beitragswillig, hat aber schlicht keine Zeit. Ganztagschule und G8 machen den Wehren zu schaffen. Darum wurde auch manche Jugendfeuerwehr Weinberger zufolge schon aufgelöst: „Wir haben in Würzburg noch sieben Jugendwehren. Damit sind wir auf den Stand von vor zehn Jahren zurückgefallen.“ Dank des intensiven Engagements für die Jugendarbeit wuchs die Jugendfeuerwehr im Stadtteil Versbach allerdings: Neun Jungs und drei Mädchen machen derzeit mit. Allein im vergangenen Jahr gab es vier Neuzugänge.

Nicht wenige Schüler, die sich zwischen ihrem 12. und 18. Lebensjahr bei der Jugendfeuerwehr ausbilden lassen und danach in den aktiven Dienst eintreten könnten, tun dies nicht, weil sie zum Studieren geziehen. Auch dies ist ein immer größeres Problem der Feuerwehr.

Wie dringend sich die Wehren im Freistaat verjüngen müssten, will eine aktuelle Studie des Landesfeuerwehrverbands herausfinden. Geißler: „Dabei wird untersucht, wie viele Feuerwehrleute aus dem aktiven Dienst abwandern.“ Und wie groß die Lücke zwischen Ab- und Zuwanderung ist. Für Unterfranken weiß Geißler dies ziemlich genau – hier bräuchte es ein Plus von jährlich mindestens 250 Mitgliedern, um die aktuellen Zahlen zu halten. Auch für den Landkreis Würzburg liegen ihm Zahlen vor: „Seit etwa drei Jahren schrumpft die Mitgliederzahl in unseren 113 Feuerwehren um jährlich 25 bis 30.“ Pat Christ

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...



„7:0 gegen Barca – das macht den Bayern in den nächsten hundert Jahren bestimmt niemand so leicht nach.“ Mein Chef, der Bürgermeister, war nach dem Einzug des FC Bayern München ins Endspiel der Champions League absolut euphorisch.

Schon allein die Tatsache, dass ein so korrekter und genauer Mann wie der Bürgermeister die Spielstände zweier Partien (4:0 und 3:0) flugs addiert, um ein monsterbeeindruckendes Ergebnis zu fabrizieren, zeigt: Wir sind im Ausnahmezustand. Und wenn „Wir“ dann auch noch den europäischen Pott holen, zusätzlich zur Meister-Salutschüssel und dann auch noch den nationalen Pokal, dann wird ganz Bayern weiß-rot wie sonst nur Nürnberg am Tag der Franken.

Aber jetzt heißt es ja zunächst, die Dortmund-er zu schlagen. Diese Aufgabe, vor der Bayern

werden. Da ist zum einen der traditionelle Nord-Süd-Konflikt zwischen den Preußen (lat. Borussia) und den (dt.) Bayern. Kolumnisten großer Tageszeitungen wollen gar einen Konflikt zwischen der alten Bundesrepublik (Dortmund) und dem neuen Deutschland (Bayern) sehen. Oder war es umgekehrt? Offensichtlicher, wengleich weniger originell und klischeehafter, ist das Bild vom Ruhrpott-Underdog, der sich mit Blut, Schweiß und Tränen vom Rande des Untergangs bis in die Vorhallen des Fußball-Olymps vorgeackert hat, im Kampf gegen die ewig auf einer Woge des Erfolgs spielenden Promi-Heroen, die Weißbier mit Champagner-Geschmack trinken und überlegen, für Spiele bei Kälte und Regen Feld-Double anzustellen.

Befragen wir unsere Freunde, die Demoskopen dazu, dann wünschen sich gut zwei Drittel der Deutschen, dass Dortmund Champions-League-Sieger wird (das ist annähernd die Zahl derer, die Steuererhöhungen für Reiche billigt, ohne zu ahnen, wer alles heutzutage als „reich“ gilt). Aber weil eine Mehrheit der Deutschen unser Land ohnehin für ungerecht hält, erwarten ebenso zwei Drittel trotzdem einen Sieg der Bayern.

Mein Chef, der Bürgermeister, hat da eine klarere Linie: Er hofft und erwartet, dass Bayern es packt und Dortmund zeigt, dass der zweite Rang der erste Platz der Loser ist. Naja, für Fairplay ist er schon und für Großmut im Triumph und so weiter, aber eine Riesen-Sieges-Party am 25. – das wär's. Vorsorglich hat er mit dem Präsidenten unseres Fußball-Clubs (es schweigt des Sängers Höflichkeit darüber, in welcher Liga er spielt), schon ein Public viewing ausgemacht, so dass es ein tolles Fest in der Stadt geben kann.

Ich bin zwar „bloß“ ein Mädchen, weshalb Fußball nicht mein alleiniger Lebensinhalt ist, aber ich will dem Chef doch zeigen, dass ich auch was von der Sache verstehe. Deshalb simse ich ihm zu, was der englische Stürmer-Star Gary Lineker einmal zum Besten gegeben hat: „Fußball ist ein Spiel, bei dem 22 Mann einem Ball hinterherlaufen, und am Ende gewinnt immer Deutschland.“

ihre Sabriul

Frankfurter Architekten bauen Museum der Bayerischen Geschichte

Die Jury wählte aus 254 Entwürfen und entschied sich für einen Museumsbau mit besonderen Perspektiven und Formen

Regensburg (obx-BayernReport) - Beim Architektenwettbewerb für das Museum der Bayerischen Geschichte in Regensburg stehen die Preisträger fest. Mehr als 254 Architektenteams aus aller Welt hatten sich um den Bau des neuen Museums beworben. Den ersten Platz belegt der Entwurf des Architekturbüros Woerner und Partner aus Frankfurt am Main. Bis 2018 soll in Regensburg das neue Museum der Bayerischen Geschichte entstehen - rechtzeitig fertiggestellt zum 100. Geburtstag des Freistaats Bayern und anlässlich des Jahrestags „200 Jahre bayerische Verfassung“. Seit mehr als 50 Jahren geplant, Jahrzehnte politisch heiß umstritten und 2012 endgültig beschlossen, soll dieses Museum auch in der bayerischen, der deutschen und internationalen Museumslandschaft architektonische Maßstäbe setzen.

„Ein Haus, das Geschichte in die Gegenwart transportiert, diese Idee hat die Architekten ganz offensichtlich beflügelt und zu kreativen Lösungsansätzen geführt“, sagte Bayerns Kunst- und Kultusminister Wolfgang Heubisch. Erwartet wurde von den Architekten ein Museumsentwurf, der sich durch eine hohe Attraktivität sowie durch eine den Museumsbetrieb und das Museumskonzept unterstützende Architektur auszeichnet und einen eigenen städtebaulichen Akzent im sensiblen Altstadtkontext setzt. Zudem galt es auch energetisch eine beispielhafte Lösung zu finden.

Ungewöhnliche Wege

Bei der Zusammenstellung des Inventars ging und geht Projektleiter Richard Loibl, der seit Jahren auch die Bayerischen Landesausstellungen an wechselnden Standorten konzipiert, ungewöhnliche Wege: Via Internet, Fernsehen und Presse hat Loibl die Bürger aufge-

fordert, zur Bestückung beizutragen. „Wir suchen Geschichten aus den Familien, den Gemeinden und den Lebenswelten, die über Erinnerungstücker transportiert werden – von der Pickelhaube mit Durchschuss, die die Familie als Erinnerung des im Ersten Weltkrieg schwer verwundeten Großvaters aufbewahrte, bis zur Chianti-Flasche als Mitbringsel aus dem ersten

per Fahrrad angetretenen Italienurlaub aus den 50er Jahren“, so Loibl.

Plenarsaal als Perle

So manches bedeutende Stück Geschichte hat die Suche bereits zutage gebracht: zum Beispiel das Inventar des ersten Bayerischen Landtags, das 2004 entsorgt wurde. Bis vor kurzem galt die alte Einrichtung des Parlaments, in dem, so Richard Loibl, „ab 1946 die bayerische Demokratie geschmiedet wurde“, als verschollen oder vielleicht sogar zu Brennholz verarbeitet. Im Rahmen der Suche für das neue Museum ist er wieder aufgetaucht: aufgestapelt in der Scheune eines oberbayerischen Landwirts. Restauriert soll der Plenarsaal eine der Perlen des neuen Museums der Bayerischen Geschichte werden. □



Am Ufer der Donau soll das Museum - wie hier auf der Computer-Simulation zu sehen - gebaut und bis 2018 fertiggestellt werden. Foto: obx-Bayernreport

Neuer Kletterwald im Leinleiertal ist eröffnet

Es ist soweit, der Pro Alpin Kletterwald in Veilbronn wurde durch Heiligenstadts Bürgermeister Helmut Krämer und Bundestagsabgeordneten Thomas Silberhorn eröffnet.

Das Highlight, fast 13 Meter freier Fall, ist der „Rittersprung“, den die beiden mit dem Besitzer Christian Donner bewältigten. Zudem verfügt der Kletterwald über sechs Parcours mit unterschiedlichen Schwierigkeitsgraden von leicht bis schwer. Die Gäste hatten die Möglichkeit, anschließend den Park selbstständig zu erkunden. Herr Krämer bedankte sich bei der Familie Sponzel/Regus und dem Naturfreundehaus, die die nötigen Flächen zur Verfügung stellten und wünschte der Familie Donner viel Erfolg.

Weitere Info unter www.proalpin-kletterwald.com □

Mitgliederversammlung der Inn-Salzach Euregio:

Der Donauraum im Fokus

Das neue europäische Konzept „Donauraumstrategie“ stand im Mittelpunkt der jährlichen Mitgliederversammlung der Inn-Salzach Euregio in Altötting. Mit der Strategie verfolgt die Europäische Union einen neuen regionalpolitischen Ansatz, der sich dadurch auszeichnet, dass Regionen über die Außengrenzen der EU hinausweisen und ihre Größe und Zusammensetzung durch funktionale Erfordernisse bestimmt werden.

Im Juni 2011 etablierte die EU mit der Donauraumstrategie die zweite Makroregion. In die strategische Zusammenarbeit sind 14 Länder mit über 100 Mio. Einwohnern im Einzugsgebiet der Donau (darunter die Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg) eingebunden, die projektbezogen und grenzüberschreitend an elf Themenschwerpunkten arbeiten.

Makroregionen

Laut Markus Theuersbacher (Bayerische Staatskanzlei) kann das Gebiet als staatenübergreifende und identitätsstiftende Makroregion auf freiwilliger Basis Probleme wie Umweltschutz, Energieversorgung oder Wirtschaftsförderung besser lösen. Makroregionen zeichneten sich dadurch aus, dass sie über die Außengrenzen der EU hinausweisen und ihre Größe und Zusammensetzung durch funktionale Erfordernisse bestimmt wird.

Nummehr komme es darauf an, konkrete Projekte auf den Weg zu bringen. Es gelte, den Informationsaustausch unter den Koordinatoren abzustimmen, den Austausch mit Projektträgern und Stakeholdern zu intensivieren, die Kommunikation und öffentliche Wahrnehmung zu optimieren und auf die Suche nach Projektpartnern in anderen Regionen zu gehen. Theuersbacher monierte, dass die Potenziale der Donauraumstrategie in einigen Bereichen wie z. B. Wirtschaft, Tourismus und Kultur noch nicht in vollem Umfang ausgeschöpft würden.

Als Beispiele im Aktionsplan führte Theuersbacher folgende Projekte aus Bayern an:

- „Blaues Band der Biodiversität“ zum Erhalt der Auenlandschaften als natürliche Überschwemmungsgebiete
- „Das Schwäbische Donautal – Auwaldverbund von nationaler Bedeutung“ und „Sonnenseiten an der Donau“ zur Wiederherstellung des natürlichen Lebensraums entlang der Donau
- Bayerisches Hochschulzentrum für Mittel-, Ost- und Südosteuropa (Bayhost) zur Vernetzung von Studenten und Wissenschaftlern im Donauraum
- Andrassy-Universität als Träger eines Gemeinschaftsprojekts von Baden-Württemberg, Bayern, der Bundesrepublik Deutschland und Ungarn zur Verankerung spezifischer Themen für den Donauraum in Universitätslehrplänen
- „Danubeparks“ – eine Vernetzung der Naturschutzgebiete entlang der Donau.

Bayhost

Das Themenfeld Wissenschaft und Forschung beleuchtete Nikolaus Djukic vom Bayerischen Hochschulzentrum für Mittel-, Süd- und Südosteuropa an der Uni Regensburg (Bayhost). Ein Bayhost-Ziel ist es, die Zusammenarbeit in Lehre und Forschung an den unterschiedlichen Hochschul-Systemen und mit Unternehmen zu ermöglichen. Dazu zählen neben gemeinsamen Studiengängen auch ein Netzwerk von Studenten und Unternehmen, eine Prakti-

kumsbörse und die Vergabe von Stipendien.

Fördermöglichkeiten ausschöpfen

Euregio-Geschäftsführerin Dr. Dorothea Friemel hatte zu Beginn darauf verwiesen, dass der Interreg-Fördertopf der EU für grenzübergreifende Projekte noch 135.000 Euro bereit hält – vorausgesetzt, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird intensiviert und den Antragstellern gelingt ein Förderantrag, wobei die Inn-Salzach

Schule der Dorf- und Landentwicklung Thierhaupten:

„Ausgezeichneter“ Dorfladen Biberbach

„Nachbarschaftsläden erfolgreich führen“ lautete das Thema eines Seminars der Schule der Dorf- und Landentwicklung (SDL), das speziell für aktive Geschäftsführer und leitende Angestellte der Dorfläden in Biberbach, Landkreis Augsburg, durchgeführt wurde.

Der Dorfladen Biberbach wurde von der SDL und den Tagungsteilnehmern mit dem Prädikat „hervorragend“ ausgezeichnet. „Man spürt Esprit und Lebensfreude, Engagement, viel Herzblut aller Verkäuferinnen und es geht lebhaft zu an diesem Vormittag, freute sich Geschäftsführerin Gerlinde Augustin. Der Laden ist als Genossenschaft organisiert und schreibt schwarze Zahlen. Man bekomme Lust auf Gemeinschaft und Lust auf das Dorf, stellte Augustin fest.

Store-Check

Der Höhepunkt des Seminars war der Store-Check im Dorfladen in den verschiedensten Kategorien: Von Obst-Auslage, Sauberkeit, Freundlichkeit und Fachkompetenz des Personals bis Barrierefreiheit wurde der Dorfladen von den anderen Teilnehmern genau unter die Lupe genommen. „In Biberbach spürt man Kreativität und Engagement“, sagte begeistert eine Teilnehmerin. Gelobt wurden die kompetente und freundliche Bedienung an der Verkaufstheke sowie die schöne Obst- und Gemü-

Euregio unterstützend eingreift. Friemel zufolge ist das Förderprojekt mit Zuschüssen bis zu 60 Prozent der förderfähigen Ausgaben und bis zu Projektkosten von 25.000 Euro zwar in der Region bekannt, doch „nicht ganz unbürokratisch“. Auch der Euregio-Vorsitzende und Altöttinger Landrat Erwin Schneider appellierte, die Fördermöglichkeiten auszuschöpfen.

Projekt Zukunft Pflege

Nach Angaben Friemels gehören zu den großen Projekten der Inn-Salzach Euregio unter anderem das Projekt Zukunft Pflege mit der Formierung eines Pflegenetzwerkes sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Pflegeberufen. DK

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt als Eigenbeilage des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH eine Einladung zum Energie-Fachforum „Power für Bayerns Kommunen!“ bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

Europa-Preis für Altötting

Der Wallfahrtsort Altötting hat gemeinsam mit der ungarischen Stadt Tata den Europa-Preis 2013 des Europarats erhalten. Dabei handelt es sich um die höchste Auszeichnung, die der Europarat an europäische Städte vergibt.

Die Kommunen wurden damit für die Förderung der „europäischen Idee“ geehrt. Als Pilgerstadt habe Altötting viele Austauschaktivitäten, vor allem zwischen Jugendlichen und Studenten, initiiert, hieß es in der in Straßburg veröffentlichten Begründung.

Bürgermeister Herbert Hofbauer sprach von einer Sensation, als ihn die frohe Kunde erreichte: „15 Jahre lang haben wir darauf hingearbeitet, jetzt sind wir am Ziel“, betonte der Rathauschef.

Bereits in früheren Jahren hatte Altötting die drei Vorstufen des Europapreises erhalten: im Jahr 2000 das Europadiplom, im Jahr 2001 die Ehrenfahne des Europarates und im Jahr 2003 die Ehrenplakette des Europarates. Mit vier anderen europäischen Städten – Aalen, Tata sowie Poznan und Slupsk (beide Polen) – war die Stadt Altötting heuer zum zweiten Mal (2012 und 2013) in die Nominierung für den Europapreis gekommen. DK

tieren vom „Kreativitäts- und Erfahrungspool“ der anderen Teilnehmer. Des Weiteren wurde z. B. über die bessere Vermarktung regionaler Produkte und die Verbesserung der Marktabschöpfung pro Einwohner diskutiert. Hierzu gab es viele nützliche Informationen und Tipps.

Trend zu regionalen Produkten

„Die Vermarktung regionaler Produkte wird immer wichtiger“, meint Seminarleiter Wolfgang Gröll. Dienten früher die Dorfläden besonders der Nahversorgung, so sind die neueren Dorfläden vor allem auch auf Regionalisierung polarisiert. Denn diese Angebote stellen einzigartige Verkaufsargumente gegenüber den großen Supermärkten dar.

Der Biberbacher Dorfladen verkauft auch die Hartmann Öle aus Biburg. Über diese Produkte und deren Qualität konnten sich die Teilnehmer im Rahmen einer kleinen Betriebsführung in Biburg informieren. Wichtig sei auch die

Warenpräsentation, so Seminarleiter Wolfgang Gröll. Deshalb wurde auch Roswitha Boppeler, ihres Zeichens Käsesommeliere ins Seminar geladen. Mit großer Begeisterung und Wissen informierte sie die 26 Teilnehmer, die übrigens aus ganz Bayern stammten, über Käsesorten, Käsepräsentation, Käseverpackung und Käseaufschnitt.

In immer mehr Dörfern werden dank privater Initiativen wieder Dorfläden gegründet. „Diese Initiativen schließen die Lücken, die der Strukturwandel in den dörflichen Alltag gerissen hat. Egal ob für Jung oder Alt, Dorfläden dienen nicht nur als Einkaufsstätten, sondern sind ein sozialer Mittelpunkt des Dorfes, oft der Einzige“, so Gerlinde Augustin. Dies bestätigte auch eine Kundin im Biberbacher Dorfladen, die zwar mit Rollator, aber dennoch eigenständig ihren täglichen Einkauf im Dorfladen erledigen kann. Die Kundin betonte auch, wie wichtig die Ansprache und Kommunikation im Laden, besonders auch für ältere Kunden ist. □

Vorschau auf GZ 11

In unserer Ausgabe Nr. 11, die am 6. Juni 2013 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energieversorgung · Energiesparmaßnahmen
- Finanzierungsmodelle für öffentliche Aufgaben
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung
- Technische Ausstattung öffentlicher Gebäude

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Abfallbehälter

BECK
Bestens ausgeStadtet.

BECK GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/69 33 00
www.stadtmoebel.de

Bänke

NUSSER
Bestens ausgeStadtet.

Nusser Stadtmöbel GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/693-111
www.stadtmoebel.de

Partner in Sachen Druck

Gemeindezeitungen · Wahldrucksachen · und vieles mehr

ORTMAIER
DRUCK GmbH

Tel. 087 32/92 10-663 · Fax 087 32/92 10-669
service@ortmaier-druck.de · www.ortmaier-druck.de

FLYERPARA.DE
www.flyerpara.de
Das Online-Druckportal aus dem Hause Ortmaier Druck

Schacht-Ausrüstungen

Schachtdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218
Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
☎ 05326 / 502-0

Wartehallen
38685 Langelsheim · www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Fahradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Kommunale Energieberatung

KlimaKom Green City Energy

Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert

Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!

Tel. 089/89 06 68 900 · www.klima-kommune.de
peter.keller@green-city-energy.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73 · 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:

www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Bitte vormerken:
13. Juni 2013

**Power für Bayerns Kommunen:
6. Energieforum
der Bayerischen Gemeindezeitung**

im Bürgerhaus der Stadt Garching bei München, www.gemeindezeitung.de

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Feuerungsanlagen

LRS
LÜFTUNGS-REINIGUNGS-SERVICE

Franz Sedlmeier
Inhaber

Lüftungs-Reinigungs-Service
Wolftrathhauser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
E-Mail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de

DLW
DIE LÜFTUNGSGESAMTHEIT

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de